

Bezugpreis:

Bestellort 1,00 Mk. monatlich 2,00 Mk. ...

Telegraphische Anrede: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 29. April 1919.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Abbau der Blockade.

Haag, 28. April. (S.A.) Der holländische Ueberseetrust empfing den Bericht, daß alle bis jetzt bestehenden Einschränkungen bezüglich der Ausfuhr von Gütern deutschen oder deutschösterreichischen Ursprungs aufgehoben sind.

Aufhebung der schwarzen Listen.

Auf Antrag der englischen Regierung. Berlin, 28. April. Der Vorsitzende der britischen Mission hat am 27. April der deutschen Waffensachverständigenkommission in Spaas folgende Note überreicht: Ich bin beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß die alliierten und assoziierten Regierungen beschlossen haben, nach Witternacht vom 28. zum 29. April alle schwarzen Listen von Firmen und Personen, die sie veröffentlicht oder zusammengefaßt haben, zurückzuziehen.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß dieser Beschluß der alliierten und assoziierten Regierungen, wie einwandfrei feststeht, auf ausdrücklichen Auftrag der englischen Regierung gefaßt worden ist.

Internationale Sozialistenkonferenz.

Amsterdam, 28. April. Auf der gestrigen Sitzung der Internationalen Sozialistischen Konferenz unterbreitete Henderson den Entwurf einer Resolution in der Frage des Böhmerbundes.

Darin wird der Entschluß kundgegeben, die der Entwurf der Friedenskonferenz herbeigeführt hat, und die Fortsetzung der Abrüstung wiederholt.

Zoelstra erklärte, er finde diese Resolution zu schwach. Die sozialistischen Parteien müßten von der Friedenskonferenz fordern, daß sie nicht ausschließlich einen Bund einiger Völker ins Leben rufe.

Auch Renaudel fand den Wortlaut der Resolution vage und forderte entschlossener Darlegung der sozialistischen Ziele. Er sagte, man müsse sich konkreter mit der gesamten Abrüstung zu Wasser und zu Lande befassen und fordern, daß eine sozialistische Delegation vom Rat der Vier empfangen werde.

Der australische Minister Ryan sagte, für die Errichtung des Böhmerbundes sei es notwendig, daß alle Völker ihre Ansicht darüber äußerten, und damit die Regierungen im Namen ihrer Völker sprechen könnten, müßte das allgemeine Wahlrecht überall eingeführt werden.

Der argentinische Delegierte Justo unterbreitete ein Amendement zum Antrag Hendersons. Dacín wird gefordert, daß die internationalen Autoritätskomitees für die allmähliche Abschaffung der geschäftlichen Maßnahmen, die für den Freihandel ein Hindernis bilden, anderwärts. Justo trat für den Grundgedanken des Freihandels ein und rief Ryan zu: Mit Ihrer Politik des Schutzes der weißen Arbeiter bereiten Sie einen künftigen Krieg mit China und Japan vor.

Der argentinische Delegierte Tomajo erklärte sich als Gegner der Berufsbereue und sagte, die Rede Ryan habe erwiesen, daß die Völker sich mit dem militärischen Problem befassen müssen. Er schlug eine Sonderkommission vor, die alle Vorschläge und Verbesserungsmaßnahmen untersuchen soll. Die Kommission wurde ernannt. Sie setzt sich zusammen aus: Wibaut, Stuart Dunstons, Renaudel und Longuet.

Henderson erläuterte hierauf über das in Paris aufgestellte Arbeiter-Acht Bericht.

Fertigstellung des Vorfriedensvertrages.

Paris, 28. April. (Havas.) Der Wortlaut des Vorfriedensvertrages wird heute fertiggestellt werden. Es bleibt nur noch das Nautischonproblem offen. Voraussichtlich werden die drei Staatsmänner am Dienstag eine endgültige Entscheidung treffen, indem sie die Forderungen Japans befriedigen. Die militärischen und maritimen Bestimmungen sind bis auf wenige von untergeordneter Bedeutung festgelegt. Ueber den Kaiser Wilhelmkanal ist noch keine Einigung erzielt. Der Dreierrat hat ferner noch die Frage der deutschen Kaper und die Frage der deutschen Kriegsgefangenen und deutschen Arbeiter zu regeln. Die Sonderkommission wird heute über letztere ihre zusammenfassenden Arbeiten vorlegen. Die übrigen Fragen sind sämtlich gelöst und werden in endgültige Fassung gebracht. Die Bestimmungen über die deutschen Grenzen mit Einschluß der Bestimmungen über das Schicksal des linken Rheinufers sind fertiggestellt. In den Kreisen der Konferenz ist man der Ansicht, daß der Text am Freitag, spätestens Sonnabend, der deutschen Delegation übergeben werden kann. Am vorhergehenden Tage wird der Text in einer geheimen Vollversammlung der Vertreter der 21 alliierten und assoziierten Mächte zur Kenntnis gebracht.

Die Schlußredaktion der Friedenspräliminarien.

Frankreich erlaßt-lochringische Wünsche voll erfüllt. Haag, 28. April. (H.A.) Aus Paris wird gemeldet: Der „Tempo“ bringt folgenden Bericht: Die Redaktion des Textes der Friedenspräliminarien mit Deutschland ist so gut wie beendet. Der Rat der Vier hat am Sonntag beschlossen, die Finanzbedingungen gutzuschreiben, doch sind diese nicht zu verwechseln mit der von Deutschland zu zahlenden Entschädigung. Der Rat der Vier wird in zwei bis drei Tagen soweit sein, sein Bülum unter den Text der Friedensbedingungen setzen zu können. Das Elsaß-Lothringen betrifft, so hat der Entwurf die französischen Wünsche voll zur Geltung gebracht. Die definitiven Bestimmungen wurden von einer Kommission revidiert, die sich aus Andreu, Lardieu, Queleux, Morley und Goslin zusammensetzt. Alle Ausnahmestimmungen, die Frankreich mit Rücksicht auf den Sondercharakter des Elsaß-Lothringischen Problems verlangt, wurden bewilligt. Es fehlt nur noch die Zustimmung des Rates der Vier, die bestimmt für Dienstag zu erwarten ist. Bis jetzt haben verschiedene Delegationen der Siegermächte des Westens den Text über den vorläufigen Friedensvertrag ausgestellt, das den Zeitungen in dem Augenblick übergeben wird, in dem er den Deutschen übergeben wird. Das offizielle Resümee wird gemeinsam durch die Regierungschefs festgelegt werden.

Demonstrationen in Rom.

Unerwünschte Entschlossenheit Italiens. Rom, 28. April. (Erfani.) Am Sonntag vormittag fand in Rom eine mächtige Kundgebung für die Regierung statt, an der zahlreiche Parlamentarier und Vertreter der Gemeindebehörden teilnahmen. Der Abgeordnete der Nationalversammlung von Piave, der die Uebernahme der Gewalt durch die italienischen Behörden mittelste, erntete ungeborenen Beifall. Es wurden Hochrufe auf Piave, den König, Orlando und Sonnino ausgebracht; die Musik spielte die Königsfanfare. Der Abgeordnete Chianelli erklärte, der Nationalrat in Piave sei den Weg gegangen, den man hätte gehen müssen. Alle Redner erboteten den demokratischen Völkern Amerikas, Frankreichs und Englands, die mit Italien einig seien, ihre Größe. Der Bürgermeister von Rom, Fürst Colonna, versicherte die unerwünschte Entschlossenheit Italiens in Bezug auf Piave und Dolmatien. Die Versammlung erklärte sich schließlich in einer Entschiedenheit mit der italienischen Delegation solidarisch.

Der Achtstundentag in Frankreich.

Haag, 28. April. Aus Paris wird gemeldet: Nach der Resolution der Übergangslage über den achtstündigen Arbeitstag hat der französische Senat seine Sitzungen bis zum 6. Mai vertagt.

Stettin.

Die Vorgänge, die sich am letzten Sonntag in Stettin abgespielt haben, machen einige Ausführungen über den Fall nötig.

Zunächst müssen wir auch hier wieder Klage erheben über die mehr als unvollkommene Art, in der die Demonstrationen wieder über derartige Vorgänge insofern wird. Genügt ist das, was sich in Stettin abgespielt hat, für die Regierung weder angenehm noch vorteilhaft, aber gerade deswegen war es notwendig, die Dinge in voller Klarheit darzustellen. Keine Regierung ist imstande, für das Verhalten jedes einzelnen Gliedes in dem großen Apparat, der ihr unterstellt ist, von vornherein einzustehen. Aber das kann und muß von jeder Regierung verlangt werden, daß sie gegen Uebergriffe und Ausweitungen sofort einschreitet. Dazu ist aber in erster Linie eine ungeschwächte Darstellung eines einzelnen Regierungsorgans nicht vergiftend wirken; die Unzufriedenheit frucht erst um sich, wenn das Gefühl der Vertilgung entsteht.

Leider scheint an gewissen Stellen das Gefühl hierfür zu fehlen. Keiner der drei durch das BWA veröffentlichten Berichte, am wenigsten der sogenannte „amtliche“ mit seinem „soll“ Still, gibt eine klare und verständliche Darstellung dessen, was in Stettin vorgefallen ist. Die Unbilligkeit zeigt sich schon darin, daß der Name des eigentlichen Unruhestifters, des Detachement Boensgen, in keinem der drei Berichte erwähnt ist. Die ersten Berichte des BWA hat der „Vorwärts“ — noch in Unkenntnis des wahren Sachverhalts — als unklar und unzufriedenheitsbedürftig bezeichnet. Dieses Urteil erweist sich fast als zu milde.

Ein Berliner Parteigenosse, als Augenzeuge der Vorgänge von Stettin kommend, beklagt durchaus, daß eine gänzlich unmotivierte Provokation durch das Detachement Boensgen vorgelegen hat. Er teilt uns u. a. folgendes mit:

„In der auf dem Schloßhof abgehaltenen Verammlung der kommunalistischen Partei hatten sich ungefähr 1000 Personen eingefunden; unter ihnen verhältnismäßig viel bürgerliches Publikum. Der Referent Dr. Schöder aus Berlin war am Kommen verhindert, weshalb ein Stettiner Kommunist sprach. Es ist unrichtig, daß dieser zu bewaffnetem Widerstand gegen die Regierung aufgefordert hätte, wie die „Postille Zeitung“ behauptet. Er hatte kaum einige Worte gesprochen, als eine Gruppe von Soldaten Hochrufe auf die Regierung ausbrachte, so daß der Redner durch den empfindlichen Lärm am Sprechen gehindert war. Als die Menge die Soldaten in durchaus lockerer und ruhiger Weise zur Ruhe mahnte, waren diese Weisheiten, Handgranaten und Revolver hervor. Die Menge hob lustig aus einander. In dem ein Teil der Soldaten blindlings nach allen Seiten schuß, ließ ein anderer seine Herabsetzung an den Zuschauerständen aus. Ein dritter Teil stürzte in das Schloß und holte mit Gewehren die Referenten hervor, um ihn durchzuschießen.“

Man tut den Freiwilligen-Truppen einen Bärendienst, wenn man diese Ereignisse vertuschen oder den Umstand verschweigen will, daß Freiwilligen-Truppen die Täter waren. Es kann sich hier nicht darum handeln, Vorgekommenes zu beschönigen, sondern Mittel und Wege zu finden, derartige Vorfälle für die Zukunft unmöglich zu machen. Dieser Zweck ist kein Zweck dafür, daß die Freiwilligen-Truppen verdrängen müssen, aber er stellt die Notwendigkeit vor Augen, mit den stärksten Mitteln für eine Reform dieser Truppe zu sorgen.

Die Freiwilligen-Truppen haben gezeigt, daß sie in der Unterdrückung von Unruhen, gewalttätigen Unruhen und Aufständen überläufig sind, jedenfalls bedeutend zuverlässiger als alle andern Truppenarten, mit denen man es bisher versucht hat. Auf der anderen Seite haben sie vielfach nicht verstanden, das richtige Maß zu halten, das durch den Charakter ihrer Tätigkeit vorgeschrieben und geboten war. Man werde nicht ein, daß beides untrennbar miteinander verbunden sei, das wäre eine Kontrollklärung der Demokratie. Es muß durchaus möglich sein, eine disziplinierte Truppe zu schaffen, die gleichzeitig den Mehrheitswillen des Volkes und die öffentliche Ordnung ewig gegen terroristische Gewaltakte von Minderheiten schützt und doch andererseits die Staatsbürgerrechte und die bürgerliche Freiheit unangefast läßt; und es ist auch gar nicht einzusehen, warum eine solche Truppe nicht für eine Uebergangszeit auf dem Boden der Freiwilligkeit gebildet werden kann, nachdem das in England jahrzehntelang so gegangen ist.

In erster Linie ist notwendig, daß die Regierung die Truppen in richtiger und nachdrücklicher Weise über ihre

Aufgaben und die Grenzen ihrer Machtfugnisse belehrt. Wir gestehen zu, daß bei der Eile, mit der die Verbände vielfach aufgestellt werden mußten, eine gründliche Belehrung nicht möglich oder wenigstens schwierig war. Aber das Veräumte muß nachgeholt werden. Es ist unbedingt notwendig, daß die Soldaten einer Republik richtige Vorstellungen von den Staatsbürgerrechten der Einwohner haben. Besonders deutlich muß ihnen eingeschärft werden, daß die gewöhnliche Gewalt allein gegen gewalttätige Verletzung von Recht und Gesetz angewendet werden darf, also nur gegen offenen Aufruhr, Mindererwerb, daß aber in keinem Fall die Truppe dazu da ist, Meinungen und Ansichten zu bekämpfen. Es ist ja klar, daß das Detachement Boensgen von niemandem einen Auftrag zu seiner sinnlosen Handlung gehabt hat, aber es hätte den Soldaten an sich klar sein müssen, daß eine derartige Handlung im Widerspruch zu ihrer ganzen Aufgabe stand.

Wo die Belehrung nicht hilft, wo also böswillige Ueberschreitung der Befugnisse vorliegt, da muß die Regierung mit der vollen Schärfe ihrer Strafgewalt vorgehen. Wenn an einer Reihe von Beispielen erweisen ist, daß sie in diesem Punkte nicht mit sich trafen, dann werden diese Exzesse auch verschwinden. Wir sprechen heute schon die Hoffnung aus, daß das Urteil gegen die an der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburg schuldigen Personen mit dazu beitragen wird, unbefonnenen und verblendeten Elementen im Heere jede weitere Lust zu einer verderblichen Politik auf eigene Faust zu nehmen. Im Falle Stettin muß ebenfalls mit voller Schärfe eingeschritten werden. Je mehr dies geschieht, desto wirksamer wird die Regierung auch den Verdacht zerstreuen, daß die Freiwilligen-Truppen ein Instrument der Gegenrevolution werden könnten.

In einem Punkte freilich müssen auch wir den Freiwilligen-Verbänden mildernde Umstände bewilligen. Die wahnsinnige Heze, die in letzter Zeit gegen sie getrieben worden ist, kann natürlich nicht dazu geführt haben, ihr Gefühl für tollkühne Zurückhaltung zu stärken. Diejenigen, die Beschlüsse fassen, wie die, daß die Angehörigen der Freiwilligen-Verbände „wie die Pest“ zu meiden sind und daß ihnen für alle Zukunft eine bürgerliche Existenz durch Boykott und Terror unmöglich zu machen ist, diese Leute müssen sich klar darüber sein, welche Gefühle ein derartiges Vorgehen auf der Gegenseite auslösen muß. Es kann gar kein Zweifel sein, daß diese Beschlüsse nicht wenig dazu beigetragen haben, unter den Freiwilligen Erbitterung und Haß auszulösen. Sie sehen sich einem Gegner gegenüber, der sie nicht nur bekämpft, sondern mit allen Mitteln die völlige Vernichtung der einzelnen anstrebt, und glauben dadurch befreit zu sein, auch ihrerseits mit derselben Schärfe und Rücksichtslosigkeit vorzugehen. Es ist nur allzu wahrscheinlich, daß die Freiwilligen in Stettin aus solchen Motiven bereits ihre Tat beangaben haben. Der Gegner, der sie für vogelfrei erklärt, ist ihnen ebenso vogelfrei.

Wenn wir dieses Gefühl auch verstehen, billigen wir es natürlich nicht. Aufgabe der Regierung und ihrer Organe ist es, die größere Ruhe und Zurückhaltung zu wahren und der ohnehin zu verderblicher Hitze entflammten Leidenschaft keine neue Nahrung zu geben. Deshalb möge die Regierung aus den Stettiner Vorfällen die richtige Konsequenz ziehen, indem sie Maßregeln trifft, die die Wiederkehr solcher Vorfälle ausschließen.

Kontinentalbund. In dem Beistand unserer Romagnobendruckerei hat sich leider ein furchtbarer Druckfehler eingeschlichen. Im vierzehnten Absatz sind die gesperrt gedruckten Worte nicht zu lesen „mit ausdrücklichem Ansehen an England“, sondern „mit ausdrücklichem Ausschluß von England“.

Die Hölle.

Ein Roman von Barbuse.

Der Roman oder man darf wohl ruhig sagen: die Dichtung, die Barbuse (eben in deutscher Uebersetzung) erschrieben läßt, heißt „Die Hölle“ und gehört zu den Werken, bei denen der Verfasser von Abschnitt zu Abschnitt einer wechselnden Stellungnahme angefaßt wird. Bald wird man eine gewisse Erschaffung, bald einen nicht geringen Widerstand und vielleicht gar Widerwillen empfinden, bis man auf Worte, Sätze, Gedankenfolgen stößt, die eine Kraft und eine Liebe bezeugen, die einem denn doch endgültig verriet, daß hier etwas Großes geschaffen wurde, bei dem dem Verfasser das Alltagsanliegen einen Spott auf die Dichtung bedeuten müßte. Gewiß, diese Erkenntnis vermag bis zum Schluß des Buches den Leser nicht von dem Bewußtsein zu befreien, daß hier in der Form ein Werk liegt, eine Bewunderungswürdigkeit trauer Art, aber man verzeiht ihr, weil nicht nur die Schönheit, sondern vor allem die Liebe zur Wahrheit einen fortzieht von allen Bedenken.

Wer einmal in den Vorlesungen von Freud über die Deutung und Herkunft der Träume gelesen hat, wird mit einem eigenartigen Unbehagen und Unglauben sich fragen, ob denn wirklich alles Geschehen des Träumens auf sexuellen Ursprung zurückzuführen sei. Es ergeht uns beim Lesen der Dichtung von Barbuse ähnlich. Ein junger Mann von dreißig Jahren kommt von der Provinz nach Paris, mietet ein Zimmer in einer Pension und wird gewahrt, daß in der Wand sich ein Riß befindet, der es ihm ermöglicht, die Vorgänge in dem Nebenräume zu belauschen und alles zu beobachten. Der Inhalt der Dichtung beruht nun auf der Wiedergabe der ererbten Handlungen und ausgegriffenen Worte, die dem sensiblen Wahrheitsforschern Kunde sind. Es kann nicht ausbleiben, daß das erste Gefühl sich gegen so errungene Weisheit wehrt. Bald aber trägt uns das Blut des Dichters in eine Welt der Sinnlichkeit, die voller erdiger Aufregung steht und mit sicherem Gefühl dem bloß Sinnlichen auf dem Wege geht.

Wie leben das Leben der sich unbeobachtet Wahnenden mit. Anfangs besteht das etwas Krampfartiges; warum und die Frau verheißt, die sich langsam entkleidet, ergriffen, berührt und besessen von den Widen und dem Wollen des stummem Zuschauer, so sagt man sich: ist das Barbuse, oder ein gewisser Schriftsteller, der sein Publikum zu nehmen weiß. Aber dann wechseln die Infassen des Zimmers, und die Worte münden in Dämmerung.

Erst findet sich ein den Kinderstube Knapp entronnenes Paar in der Stube ein, das erste Geheimnisse und Anmurmungen anspricht, das sich — welche Beobachtungsgabe! — „Sie“ nennt, um

*) Tag Kaiser, Verlag, Zürich — übertragen von Max Goldfarb.

Abreise der deutschen Delegation.

Berlin, 28. April. Die deutsche Delegation ist heute nachmittag vom Potsdamer Bahnhof in zwei Zügen um 3.15 und 3.32 nach Versailles abgefahren.

Die deutschen Delegierten in Versailles.

„Sogar“ das Recht in die Stadt zu gehen.

Paris, 28. April. (Gobos.) Der Park von Versailles wird während der Friedensverhandlungen, die ziemlich lange dauern werden, für das Publikum nicht völlig geschlossen sein. Für die deutschen Delegierten sind 60 Gestir reserviert. Die Delegierten werden sogar das Recht haben, in die Stadt auszugehen, aber in unauffälliger Begleitung, um jeden Zwischenfall zu vermeiden.

Die Vertretung des Reichswirtschaftsministeriums auf der Friedenskonferenz.

Berlin, 28. April. Der Reichswirtschaftsminister hat mit seiner Vertretung bei den Friedensverhandlungen in Versailles den bayerischen Staatsrat v. Reinel und Herrn Richard Nestor aus Frankfurt a. M. betraut. Die beiden Herren haben sich heute nachmittag, begleitet vom bayerischen Bezirksamtmann Feldbauer nach Versailles begeben.

Die Vertretung des Reichswirtschaftsministeriums in der Friedenskommission in Berlin werden nach wie vor Geheimrat v. Flotow und Regierungsrat Fellingner wahrnehmen.

Die Maiseiern in Wien.

Wien, 28. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Wiener Arbeiterrat hat gestern einstimmig beschlossen, in diesem Jahr am 1. Mai von dem gemeinsamen Zug in den Prater abzusehen. Um die Maiseier imposanter zu gestalten, wird jeder der 21 Wiener Stadtbezirke eine eigene Maiseier veranstalten. In allen Bezirken werden vormittags Massenmärsche mit Musik, Fahnen und Standarten veranstaltet. Während der Demonstration werden auch Reden und Ansprachen gehalten. An Stelle der Maiseier im Prater am Nachmittag treten festliche Veranstaltungen in sämtlichen Theatern und großen Sälen sowie auf allen großen Sportplätzen.

Heute fand wieder eine Arbeitslosenversammlung statt, die aber ohne jede Ruhelstörung verlief. (An den alarmierenden Nachrichten, die am Abend in Berlin über Unruhen in Wien verbreitet wurden, ist also nichts. Red.)

Ein Sad voll Lügen.

Konkurrenzmanöver der „Freiheit“.

Um den „Vorwärts“ und seine Berichterstattung zu verächtigen, ist der „Freiheit“ auch das schloßliche Rusei recht. Erst jüngst nagelten wir fest, wie die „Freiheit“ die Erklärung eines Korps-Soldatenrats betreffend die mit der Bemerkung, der „Vorwärts“ wage das natürlich nicht seinen Lesern mitzuteilen, während gleichzeitig dieselbe Erklärung richtiger und ausführlicher im „Vorwärts“ zu lesen stand.

Aus diesem Hergang hat die „Freiheit“ nichts gelernt. In ihrer Montag-Rotmittagsausgabe gibt sie sich wieder dem Anschein, kühnste „Unerschlagungen“ des „Vorwärts“ aufzubeden. Bei der gleichzeitig erscheinende Vorwärtsnummer zur Hand nimmt, wird auch hier wieder mit Ueberraschung und Belustigung festgestellt, daß dort Dinge mit größter Offenheit besprochen sind, von denen die gleichzeitig erscheinende „Freiheit“ behauptet, wir wagten sie nicht unseren Lesern mitzuteilen.

Im einzelnen: Wir sollen „unerschlagen“ haben, daß in der Versammlung des Reichsverbandes Offiziere „von dem Reichsjagars Heinz und dem Generalsstab Dr. Pfeiffer in garbezüglichen Standarten Weise zur Rede aufgerufen wurde“. Das ist schon

neu sich unbekannt zu sein. Von hier ab nimmt die ganze Schwafel nach dem geschichtlichen Besitz durch das Dsch. und alle Aufstrebenden stellen das sinnliche Rollen über das geistige. Das: „ich will; ich will Dich“ bedeutet stets das Verlangen nach dem Verschmelzen der Körper, nicht der Seelen. Sehr schön sagt einmal der Beobachtende zu sich selbst, daß die Worte, die der Mann zu der Geliebten vor der Vereinnahmung spricht, nicht mehr seien als Form. Allen Liebenden dieser Dichtung aber, und wir lernen Frauen und Männer von verschiedener geistlicher Beschaffenheit kennen, ist alles charakteristisch dieses zu eigen, daß sie nach dem Genuße nur die Erschöpfung, den Willensschwund empfinden, und daß sie einer gesteigerten, d. h. über-sinnlichen Zugehörigkeit nicht fähig, obgleich es sich durchweg um geistig hochstehende Persönlichkeiten handelt. Solchem Geschehen steht der Späher mit hinterhinderndem Sucht, das Wahre, Wirkliche zu erfassen, gegenüber. Was ist, das will er wiedergeben; was nicht ist, meint er, läuft durch die Wörter und Dichtungen als die betrogene Wahrheit.

In der zweiten Hälfte des Werkes findet sich außerordentlich Schönes und Kochendliches. Barbuse spricht über die Dichtung, über den Krebs, über den Tod und über den Gestorbenen. Körper, Umarmung, Meinsinn erkennt noch der Sterbende. — Romane werden alle Tage gedruckt. Auf Dichtungen, die wohl selten sind, muß man mit Bedacht hinsehen. Hans Sackagewer.

Städtische Tuberkulosebekämpfung.

Im Frankfurter „Verein zur Bekämpfung der Schwindsucht“ sprach Prof. Dr. Reiser über Tuberkulosebekämpfung. Einem Bericht der „Frankf. Ztg.“, der auch für andere Städte Bedeutung hat, entnehmen wir: Der Krieg hat eine unendliche Zunahme der Tuberkulose bewirkt, den Ausbruch der offenen Tuberkulose bei Alt und Jung beschleunigt, die Infektion außerordentlich vermehrt und die Heilungsmöglichkeit verringert. Der höchste bis achtzig Teil aller Todesfälle wird durch Tuberkulose hervorgerufen. Besonders stark ist die Zunahme der Kindererkrankungen. Unterernährung, Mangel an Vitaminen und die Wohnungsverhältnisse tragen hierzu am wesentlichsten bei. Was kann nun Schutzes geschehen? Die Kranken können aus der Familie entfernt in ein Heim, eine Anstalt gebracht werden. Aber das ist sich jedoch allgemein nicht erreichen. Die Einführung der Meldepflicht hat nur Wert, wenn eine Zwangsheilung damit verbunden werden könnte. Die Meldepflicht besteht in der Schweiz, aber der Erfolg ist sehr gering. Am den Ausbruch der Krankheit zu verhindern, muß eine frühzeitige Erkennung der noch nicht offenen Tuberkulose stattfinden. Der Nachweis von Tuberkelbazillen bei Kindern mit offener Tuberkulose ist nicht so leicht wie bei Erwachsenen. Auch bei Personen über 50 Jahren gelingt der Nachweis erst bei öfterer Untersuchung. Solche Personen leiden oft an Bronchitis, chronischem Lungenkatarrh, die auf tuberkulöser Grundlage beruhen. Es sind jetzt mehrfach Fälle beobachtet worden, in denen solche alte Leute Kinder, die sie pflegten, infiziert haben.

insfern gelogen, als wir die Rede Heines durchaus angemessen wiedergegeben haben. Pfeiffers Rede fiel allerdings am Montagmorgen dem Raumangel zum Opfer. Daß es aber nicht unsere Absicht war, seine Ausführungen unseren Lesern vorzuenthalten, geht zur Genüge daraus hervor, daß der „Vorwärts“ in seiner Montag-Rotmittagsausgabe — also gänzlich unbeeinträchtigt von dem gleichzeitigen Angriff der „Freiheit“ — sehr energisch gegen Pfeiffers Stellung nahm.

Weiter: Wir hätten in dem amtlichen Bericht des Staatskommissars für Oberösterreich eine Stelle unterschlagen, in der davon die Rede ist, daß die besondere Begabung der Grenzschutruppen in Oberösterreich durch die Verkleidungen aufhören soll. Nach dieser Darstellung muß der Leser glauben, wir hätten den gesamten Bericht gedruckt, und nur geflissentlich dies eine Schändchen herausgeschmuggelt. In Wirklichkeit haben wir den ziemlich umfangreichen, etwa 50 Zeilen umfassenden Bericht Höfings überhaupt nicht wiedergegeben, sondern nur die Forderungen der Streitenden (8 Zeilen) nach diesem Bericht zitiert.

Auch mit unserer Bemerkung zu den Stettiner Vorgängen ist die „Freiheit“ unzufrieden. Wir haben den ersten Bericht des BZ, der uns am Sonntag als einziger vorlag, sofort als widersprüchlich und unklar beanstandet und eine Untersuchung und Klarstellung der Vorgänge verlangt. Trotzdem bekommt es die „Freiheit“ fertig, zu schreiben:

„Es blieb auch in diesem Fall dem „Vorwärts“ vorbehalten, den Versuch zu unternehmen, die Schuld an diesen Vorfällen den Gegnern der Regierung zuzuschreiben.“

Und warum das? Weil wir a. u. geschrieben hatten: „Der Bericht legt die Vermutung nahe, daß Propagandare der Gegenseite am Werk waren.“ Daß der Bericht des BZ diesen Eindruck zu erwecken suchte, kann selbst die „Freiheit“ nicht leugnen; sogar doch der Bericht des BZ wörtlich:

„Anscheinend handelt es sich um einen kommunistischen Putschversuch von auswärtigen Heeren, die wie man annimmt, aus Süddeutschland hierhergekommen sind.“

Also nicht der „Vorwärts“ hat den Gegnern der Regierung die Schuld in die Schuhe zu schieben versucht, sondern der Bericht des BZ. Wir haben diese Tatsache in dem oben zitierten Satz lediglich konstatiert, aber gleich hinzugefügt: „Hier muß die Untersuchung Klarheit bringen“, also ausdrücklich zu erkennen gegeben, daß wir uns die Behauptung des Berichtes keineswegs zu eigen machen wollten.

Die „Freiheit“ mocht uns zum Vorwurf, daß wir den Bericht des BZ nicht wenigstens kommentarlos, wie die bürgerliche Presse, zum Abdruck gebracht haben. Aber jeder unvoreingenommene Leser wird zugestehen, daß unser Kommentar allein den Zweck hatte, unser Mißtrauen gegen die Objektivität des Berichtes zum Ausdruck zu bringen. Wie notwendig das war, zeigt sich jetzt. Daß wir nicht die Absicht hatten, unseren Lesern etwas zu verheimlichen, das ergibt wiederum unsere Montag-Rotmittagsausgabe, in der wir auf Grund neuerer zutreffender Berichte sofort das Erforderliche geschrieben haben.

Die „Freiheit“ spekuliert darauf, daß der größte Teil ihrer Leser den „Vorwärts“ nicht zu Gesicht bekommt und unversehen glaubt, was sie aus dem Inhalt des „Vorwärts“ zusammenfächelt und zusammenberedt. Ein ebenso schamloses wie durchsichtiges Konkurrenzmanöver!

55 Jungen im Progg Lebzucht. In dem Progg gegen Lebzucht und Dummheit, der voraussichtlich im Mai zur Verhandlung gelangt, sind nach Meldung einer Sozialkorrespondenz bis jetzt 55 Jungen geladen worden, die bestrafen sollen, daß die Unruhen im Januar und Februar von Lebzucht planmäßig vorbereitet und durchgeführt worden sind. In dem Verfahren Däumig ist bisher nur ein Junge geladen. Die Anklage gegen Lebzucht stützt sich nach derselben Korrespondenz auf die Tatsache, daß er zahlreiche Reden aufreizenden Inhalts gehalten habe, daß er namentlich in Versammlungen von Soldaten den Sturz der Regierung Obersteinschreiber propagierte und die Besetzung des Zeitungsquartiers geleitet habe. Die Verteidigung Lebzucht haben die Rechtsanwälte H. Liebknecht, R. Rosenfeld und Dr. Herzfeld übernommen, während Däumig von Dr. Weinberg verteidigt werden wird.

Die Stadt hat in der richtigen Erkenntnis des Wertes der Birkel-sammlung diesen sehr unterstützt und, um auch die öftere Untersuchung auf Tuberkelbazillen auch für Nichtkrankenanstalten ermöglicht, die Gebühren für Untersuchung auf Tuberkelbazillen ganz oder teilweise in den Fällen außer Ansatz zu lassen, in denen dies von den gemeinsamen Organisationen zur Bekämpfung der Schwindsucht empfohlen wurde. Weiter hat die Stadt im städtischen Krankenhaus an der medizinischen Poliklinik eine Station für klinische Beobachtungen eingerichtet. Dort wird der Patient einige Tage klinisch beobachtet und festgestellt, ob Tuberkulose vorliegt. Nach der Heilung kann der Patient entlassen oder aber in eine klinische Abteilung verlegt werden. Der Zeitpunkt für eine Remuneralisierung der Tuberkulosefürsorge dürfte noch nicht gekommen sein. Ein Verein kann auf einen Patienten eher einwirken, als die Stadt, die nach einem Schema handeln müßte. Das Wesentliche der Aufgabe des Vereins muß die Erfassung aller Tuberkulosefälle sein. Wenn, wie vorgeschlagen, von der sozialen Krankenhausfürsorge alle Fälle aus den städtischen Krankenanstalten dem Verein beauftragt werden, wenn die Schulärzte und die Ärzteschaft überhaupt, die Post- und Eisenbahnbedienen usw. die Fälle melden, so wird es in vielen Fällen möglich sein, durch Rat und Tat zu wirken, und die Tuberkulose frühzeitig zu bekämpfen. Der Verein will seine Tätigkeit nunmehr auch auf die Fälle der Knochen- und Gelenktuberkulose erstrecken und aus diesem Grund demnächst eine Namensänderung vornehmen.

Notizen.

Der 1. Mai im Theater. Am 1. Mai wird auch in den Theatern Arbeitstrube herrschen. Wie die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger mitteilt, war der Gehalts- familiäre Theater am 1. Mai für die Arbeiter und Angestellten zu öffnen, um dem Werkelern die Weide der Kunst zu geben, in diesem Jahre nicht durchzuführen. Die Bühnenangehörigen hatten bereits die Arbeitstrube beschlossen.

Hoffentlich wird im nächsten Jahre rechtzeitig dafür gesorgt, daß der 1. Mai zu einer wirksamen Volkshier wird. Eine puritanische Sonntagseier nach englischem Muster scheint uns für deutsche Verhältnisse nicht geeignet.

Die Prostitution. Unter dem wissenschaftlichen Beirat des Sanitätsrats Dr. Rogans Hirschfeld, der der ersten Einführung eines bezahlten Geleitwort sprach ist ein Erziehungsplan entstanden. Von bedeutenden Künstlern glänzend gespielt, wird er im Rarmorbau am Aurfürstendam vorgeführt. Es ist das erste der sozialhygienischen Filmwerke Richard Oswalds. Die Tendenz enthält sich aller langweiligen Lehrhaftigkeit, arbeitet vielmehr mit richtiger Anspannung und darum ist die Wirkung um so tiefer. Anklage und Lage bestimmen nach Hirschfeld das Schicksal des Menschen. Die Zeit größter Arbeitslosigkeit und wohnungsloser Zustände ist die ungeliebteste, das Moment der Lage auszuhalten, aber alles muß geschehen, um die Prostitution zunächst auf die mit der Anklage zu bekämpfen, soweit sie eben möglich ist.

Die sozialisierten Juden. Die ungarische Räteregierung hat nicht nur den gesamten privaten Kunstbetrieb in Ungarn für Eigentum des Staats erklärt, sondern sozialisiert auch sämtliche Schmuckstücke, die mehr als 1000 Kr. wert sind.

Zur Lage in Schlesien. Forderungen der Streikenden.

Breslau, 28. April. Die Delegation des Georgschichtes der Berginspektion Gaborze hielt eine Versammlung ab, die den Anschluss an den Generalstreik beschloß. Eine Abordnung übergab dem Betriebsführer folgende Forderungen: 1. Erziehung des Grenzschichtes durch eine Arbeitermiliz. 2. Aufhebung des Belagerungszustandes. 3. Freilassung der politischen Gefangenen. 4. Verfallung und Medefreiheit. 5. Sechsstündige Arbeitszeit. 6. Bezahlung der Streikschichten. 7. Erlassung der Lebensmittel durch die A- und S-Räte. 8. Selbstverwaltung für Oberschlesien.

Verfälschung der Lage.

Leuthen (Oberschlesien), 28. April. Seit mittag hat sich die Lage in Oberschlesien wieder verschlechtert. In Gleiwitz ruht jede Arbeit. Die Gleiwitzer Kohlengruben und Hüttenwerke, ferner die sonstigen industriellen Anlagen liegen still. In Gaborze ist der größte Teil ausständig. Die ober-schlesischen Zeitungen konnten heute nur in kleinem Umfange erscheinen, teilweise gar nicht.

Das Ende des Ruhrstreiks.

Essen, 28. April. In der heutigen Mittagszeit ging die Zahl der fehlenden Bergleute auf 6735 gegen 30844 am Samstag zurück.

Damit ist der Streik beendet.

Noske nicht Kommandant in Bayern.

Verhängung des Staudrechts.

Bamberg, 28. April. Die Nachricht der Presse, daß das militärische Unternehmen gegen München vom Reichswehrminister Noske geleitet wird, ist unrichtig. — Das Ministerium Hoffmann verhängte über das rechtsrheinische Bayern das Staudrecht.

Die Lage im Reich.

Nach den vorliegenden Meldungen herrscht in allen Städten des Ruhrgebiets vollkommene Ruhe. Es ist nirgends weiter zu Ausschreitungen gekommen. Der Streik ist im Verlöschen.

In den Hansestädten Hamburg und Bremen herrscht durchwegs Ruhe. In Bremen geht allerdings der Streik weiter, in Hamburg macht sich die Kohlennot nach wie vor bemerkbar.

In Oberschlesien sind die beiden letzten Tage äußerlich ruhig verlaufen, doch scheint der Streik an Umfang zunehmen zu wollen.

Was manchmal eingeht.

Daß ein Redakteur manchmal beim Durchlesen seiner Eingangsmappe auf den heute oft so nüchternen Magen geniesen muß, davon macht sich der Leser kein Bild. Um ihm einmal einen Schimmer zukommen zu lassen, veröffentlichen wir folgenden Brief, der uns gestern angeht wurde:

An den „Vorwärts“!

Am 19. April sandte ich Ihnen einen Brief mit der Mitteilung, daß die Engländer inslande sind, die Gedanken zu lesen. Da ich aber noch nichts gefunden habe, so haben Sie ihn vielleicht auch nicht veröffentlicht. Auch mag es möglich sein, daß ein Engländer auf Ihre Redaktion gekommen ist und den Artikel aufgefressen hat. Sollte das bei diesem Briefe nochmals versucht werden, so tun Sie bitte Ihre Pflicht als Deutscher, dem deutschen Volke die Augen zu öffnen. Die Engländer sind seit mehr als zwei Jahren mit Hilfe eines Bickel-Ragners von der Größe eines Klopfes im Lande (auch mit Helographen), die Gedanken zu lesen. Mit höchster Wahrscheinlichkeit werden auch täglich die Gedanken der wichtigsten Mitglieder der Deutschen Nationalversammlung gelesen und gerastet! Seien Sie so freundlich und bringen Sie diese wichtige Neuigkeit in die Presse. Die Nationalversammlung ist bereits verständig.

Hochachtungsvoll

E. G. in A. (Württemberg).

Wir erfüllen den Wunsch des Einsenders schon darum, als die deutsche Fähigkeit, in den Gedanken anderer Völker zu lesen, geringer entwickelt ist, als es manchmal nötig gewesen wäre.

Wie sie's treiben . . .

In einer Besprechung der Braunschweiger Vorgänge spricht die „Freiheit“ in ihrer Abendnummer vom 26. April von Ehrerts großer Niederlage, die ihm die Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung des Versailles Friedens bringen werde. Wie es also auch kommt, ob Frieden oder fortgesetzter Kriegszustand, in jedem Falle ist's eine Niederlage.

Diese Art von „Politik“ hat ja unweifelhaft den Vorteil der Bequemlichkeit auf ihrer Seite, nur hat sie mit ausländischer und sachlicher Begierde eigentlich kaum noch etwas zu tun. In solches trübe Fahrwasser gerät aber die Politik von Leuten, denen die Opposition alles, die Sache nichts ist, und deren Grundsatz lautet: Komme, was da wolle: der Jude wird verbrannt.

Der Edelmut des Generalleutnants Keim.

Ein sentimental gewordener Eisenkneifer.

In der „Deutschen Zeitung“ stimmt der durch seine Kriegspolitik faßsam bekannte Generalleutnant Keim ein bewegliches Klagegedicht über den Ausgang des Krieges an. Die Ursache der Niederlage erblickt er darin, daß wir 1871 nicht auch Belfort, wie Noske es forderte, annektierten, und die nächsten fünf Jahrzehnte nicht bis an die Zähne gerüstet waren. Hätten wir dem Militarismus größere Summen bewilligt, jährlich noch ein paar hunderttausend kräftige junge Leute dem Wirtschaftleben entzogen und sie in den verhassten bunten Rock gesteckt —, dann, ja dann wäre alles herrlich geworden. Den Beweis für diese lächerlichen Behauptungen bleibt uns Herr Generalleutnant Keim natürlich schuldig, es kommt ihm wohl auch mehr darauf an, seine Leser möglichst weit von der ungeheuren Schuld seiner selbst und seiner Kreise fortzuführen, als ihre Einsicht in die wahre Sachlage zu vertiefen.

Geradezu komisch mißet es an, wenn der Generalleutnant, einer der typischen Vertreter des geistlosen Machtpolitikers, der jedes Gefühlsmoment in der Politik als Sentimentalität nicht genug verachten konnte, sich über den Mangel an Edelmut bei unseren Gegnern beklagt. Wollen diese Kreise immer noch nicht einsehen, daß gerade sie ja durch ihre verbrecherische Kriegspolitik jedes Recht verweigert haben, besondere Schonung für sich zu fordern?

In bezug auf nur, daß sie dem gesamten Volk die Abneigung und den Haß der ganzen Welt zugezogen haben, so so daß auch dieses irgend welchen Edelmut kaum noch zu erwarten hat.

Wiedereröffnung des Briefverkehrs mit Italien.

Berlin, 28. April. Der Briefverkehr mit Italien ist wieder eröffnet. Zugelassen sind auf Befehl des Abenders gewöhnliche und eingeschriebene Briefe, Postkarten, Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben.

Die Sozialrevolutionäre und die Bolschewiki.

Gegen die bewaffnete Einmischung der Entente.

Amsterdam, 28. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Genosse Dimitri Gaxronski, der als Vertreter der russischen sozialrevolutionären Partei an der hier tagenden internationalen Sozialistenkonferenz teilnimmt, hatte die Güte, mir folgendes mitzuteilen: Vor vier Wochen wurde in Moskau eine Konferenz der sozialrevolutionären Partei Rußlands abgehalten. Von den 66 Teilnehmern, darunter auch Tschernow, hatten 35 entscheidende und 30 beratende Stimmen. Die Konferenz verurteilte auf das schärfste die Verhandlungen, die eine kleine Gruppe der sozialrevolutionären Partei mit den Bolschewiki geführt hatte. Gleichzeitig hat sie sich gegen die bewaffnete Einmischung der Entente in Rußland, wie auch gegen die Fortsetzung des durch die Alliierten unterstützten bewaffneten Kampfes gegen die Bolschewiki ausgesprochen. Sie erklärte, daß dieser Kampf nur die Reaktion stärken könne. Sie forderte zum Sturz der reaktionären Regierungen Sibiriens, am Don und dem Kubangebiet auf. Sie stellte fest, daß eine Vereinigung mit den Bolschewiki nur auf dem demokratischen Boden einer russischen Nationalversammlung möglich ist. Sie verurteilt die gesamte Politik der Bolschewiki, die zu einem fürchterlichen Verfall des russischen Wirtschaftslebens geführt habe.

Die Fortschritte der Polen.

Wilna endgültig den Bolschewiki entziffen.

Im Gegenzug zur Meldung des litauischen Telegraphenbureaus wird festgestellt, daß Wilna sich endgültig in den Händen der Polen befindet, dergleichen auch die Bahn Grodno-Wilna, sowie Lida und Baranowitsch, das vorübergehend wieder verloren war. Deßhalb von Nowos sind die letzten Truppen den zurückgehenden Sowjettruppen noch nicht gefolgt.

Unsere Parteifunktionäre und die Maisfeier.

In der gestern in Davelands Saal abgehaltenen Versammlung S. P. D. erläuterte Genosse Frau! Bericht über die ergebnisreiche Funktionäre, Betriebsvertrauensleute und Arbeiterräte der letzten Verhandlungen mit der U. S. P. wegen gemeinsamer Abhaltung der Maisfeier. Nach einer regen Aussprache wurde folgende Resolution gegen drei Stimmen angenommen:

Die Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute und Arbeiterräte der S. P. D. Groß-Berlins bedauern lebhaft, daß eine gemeinsame Maisfeier der Berliner Arbeiterschaft an dem Widerstand über das Interesse des Proletariats stellt. Die Arbeiterschaft kann daraus die Unerschöpflichkeit des sonstigen Einigungsgeistes der U. S. P. erkennen. Die Versammlung verpflichtet sich, für eine umso stärkere Beteiligung an der Maisfeier der S. P. D. zu sorgen, die aller Welt die Kraft des sozialistischen Gedankens zeigen und beweisen soll, daß keine Macht in Deutschland die Demokratisierung und Sozialisierung unseres Staats- und Wirtschaftslebens aufhalten kann und die trotz alledem ausfinden soll in den Ruf: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch“.

Zu der in der Diskussion erörterten Frage der Arbeitseube in den Verkehrsanstalten am 1. Mai wurde ebenfalls gegen drei Stimmen beschlossen:

Die Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute und Arbeiterräte der S. P. D. begrüßen freudig die gefällige Festlegung des Maisfeiertages. An dem Tage, der der Feiertag der Vollerhebung gewidmet ist, soll die Arbeit möglichst überall ruhen. Das Verbot der öffentlichen Verkehrsanstalten und der öffentlichen Betriebe wie Gas, Wasser usw. wird eruchtet, keinen Dienst so zu versehen, daß das Interesse der Allgemeinheit nicht Schaden darunter leidet. Es soll daher jede nicht unbedingt notwendige Arbeit vermieden werden.

Cine Diskussion haben die Versammlung einstimmig den folgenden Antrag des Genossen Prolat an:

Die Funktionäre und Arbeiterräte der S. P. D. beauftragen eine Kommission von drei Mitgliedern, mit der preussischen Regierung und dem Reichswehrminister darüber zu verhandeln, daß das Verbot der „Republik“ zurückgenommen und der Belagerungszustand aufgehoben wird. Über die Verhandlungen ist in der nächsten Konferenz zu berichten.

In die Kommission wurden die Genossen Prolat, Frau! und Dittmer gewählt.

Zu Beginn der Versammlung hatte ein Vertreter der in den Spandauer Staatsbetrieben Beschäftigten angefragt, wie sich die Funktionäre zur Frage der Entlassung von Kriegsbeschädigten stellen. Ihm wurde geantwortet, die Regierung habe ja die weitestgehende Rücksichtnahme auf die Kriegsbeschädigten zugesagt, aber diese Angelegenheit werde zur Zeit mit dem Ministerium verhandelt. Die Versammlung der Funktionäre sei selbstverständlich dafür, daß die Kriegsbeschädigten so weit irgend möglich, weiterbeschäftigt werden.

Deutschnationaler Schulfreik! Die „Deutsche Tageszeitung“ glaubt gehört zu haben, daß am 1. Mai Schulfreikern abgehalten würden. Rauslich großer Horn und folgende Drohung:

Wir würden es daher für zweckmäßig halten, falls die Regierung tatsächlich derartige Freikern anordnen sollte, daß die Eltern, die diesen Mißbrauch der Schule nicht billigen, ihre Kinder von der Teilnahme zurückhalten.

Wir würden nichts dagegen einwenden haben, sobald uns die „Deutsche Tageszeitung“ nachweist, wann und wo sie vor der Revolution dafür eingetreten ist, daß Eltern ihre Kinder von Sedan- und Kaisergeburtstagsfeiern zurückhalten durften, wenn diese Feiern nicht im Sinne ihrer Anschauung lagen. In letzter Erinnerung nach wurden aber Eltern, die dies tat, gerichtlich bestraft, und die „Deutsche Tageszeitung“ war damit sehr einverstanden.

Die englische Demobilisierung. Die Zahl der in der Zeit vom 11. November bis 20. April demobilisierten englischen Soldaten beträgt 80588 Offiziere und 24424 929 Mannschaften.

Autonfall Samuel Gompers. Aus Paris wird gemeldet: Der amerikanische Arbeiterführer Gompers wurde aus seinem Auto geschleudert. Er zog sich verschiedene Rippenbrüche zu und erlitt Quetschungen.

Der Kampf um den Reichstarif für Versicherungsangestellte.

Anschließend an die gestern im Herrenhause stattgehabte Teil-Verhandlung über den Reichstarifentwurf fand im Plenarsitzungs-saale des Herrenhauses eine Versammlung sämtlicher Ausschuhm-glieder statt. Während der eingehenden Beratung trat klar zutage, daß die Gebüh in Folge des langen Zuarrens auf den Reichstarif, dessen Abschluß bereits spätestens am 31. März d. J. erfolgt sein sollte, endlich erschöpft sei. Dies wurde in folgender, einstimmig zugestimmter Entschließung zum Ausdruck gebracht:

„Die am 28. April im Plenarsitzungs-saal des Herrenhauses tagende Versammlung der Ausschuhmmitglieder der Versicherungs-angestellten verurteilt auf das schärfste die Absicht der Unternehmer, die Tarifverhandlungen zu verschleppen, indem sie einseitig redaktionelle Änderungen bei den bereits festgelegten Verkaufsbedingungen sowie durch Rundschreiben an die Direktoren eine abschwächende, begriffverwirrende Auslegung der Bestimmungen ohne die Zustimmung des Angestelltenausschusses herbeizuführen suchen. Die Versammlung erwartet auf das Bestimmteste, daß die Arbeiter über ihrem Versprechen, den Reichstarif zum 1. 5. reiflos unter Dach zu bringen, unbedingt nachkommen. Die Versicherungsangestellten werden andererseits ihrem Willen, endlich geordnete Gebühverhältnisse zu erlangen, am 12. Mai den nötigen Nachdruck zu geben wissen.“

Industrie und Handel.

Börsenfrühling.

Man sagt, daß die Börse das Spiegelbild der Volkswirtschaft sei. Die seit einer Reihe von Wochen beobachtete herrschenden Verhältnisse scheinen diese Auffassung im ersten Augenblick zu unterstützen. Während sich Deutschland in Laubbäumen befindet, während Maschinen- und Stahlgewerbe und Stahlgewerbe eine gewöhnliche Erscheinung auf den Straßen der Reichshauptstadt bilden, erlebt die Berliner Börse eine niemals dagewesene Hochkonjunktur. Niemand zuvor haben es die Börsenbesucher und Bankiers so leicht gehabt, von einem Tag zum anderen Vermögen zu verdienen. Phantasien regen sich über die während der Revolution ausgebrochene Langzeit auf. Der immer rasender werdende Tanz um das goldene Kalb, der sich seit Monaten in der Borsenstraße abspielt, erregt sich einer vom Standpunkt der Börse aus höchst vortheilhaften Unaufmerksamkeit. Es ist die Aufwärtsbewegung der ausländischen Werte und der ihnen heute — leider — gleichgestellten deutschen Kolonialwerte, welche im Mittelpunkt dieses Spekulationsfests stehen. Sodaschöne Bankiers schätzen die in den letzten Monaten für die in Betracht kommenden Werte eingetretene Versteigerung auf insgesamt 10-15 Milliarden Mark. Die Gründe dieser Bewegung sind sehr einfach. Je mehr die Fortsetzung unserer Währung fortgeschritten und je mehr das Vertrauen der Kapitalisten in die Zukunft des deutschen Volkes sinkt, um so zweckmäßiger wird es, sein Geld in ausländischen Forforderungen anzulegen. Daß das Kapitalistum hierbei sehr wesentlich mitpricht, wird von der Börsepresse ganz offen ausgesprochen. So kann man sagen, daß die Aktienvermögen, die jetzt täglich an der Börse verdient werden, ihren Ursprung im Unwillen unseres Vaterlandes haben. Je tiefer es sinkt, um so besser für die betreffende Spekulation. Das Vertrauen auf die Unzulänglichkeit der zuständigen Minister ist es, welches den Spekulanten den Mut und die Sicherheit zu ihrem Vorgehen gibt. Zwar handelt es sich hier um einen Wertzuwachs, der so „unerbittlich“ wie nur möglich ist. Er wird von Kapitalisten mit jedem neuen Reichsanleiheausweis, der eine Vermeerung des Rotenums ausweist, und mit jeder neuen Streifenbewegung loszulassen frei ins Haus gebracht. Aber der Gedanke, diese völlig mühelosen Gewinne für die Zwecke der Allgemeinheit nutzbar zu machen, zum Beispiel dadurch, daß man den Bezug der ausländischen Lebensmittel billiger gestaltet, ist den zuständigen Ministern bisher nicht gekommen. Man hat es nicht einmal für notwendig erachtet, eine Registrierung der im Ausland befindlichen Auslands- und Kolonialwerte vorzunehmen, wie sie von der österreichischen Regierung bereits durchgeführt und von der deutschösterreichischen Regierung jetzt in die Wege geleitet ist. Auch die Parteien gehen, sei es aus Unkenntnis, sei es aus traditioneller Rücksichtnahme auf das Kapital, an dieser Frage mit Scheuklappen vorüber. Trotzdem nehmen diese Kreise sich das Recht heraus, auf die Gefahren der fortgeschrittenen Lohnerböhrungen hinzuweisen. Für die künftigen Beitzüge, die an der Börse gemacht werden, haben sie kein Wort der Kritik.

Sozialisierungsverträge.

In einer von der Berliner Handelskammer herausgegebenen Schrift beschäftigt sich P. Deutsch mit den wirtschaftlichen Erträgen, welche die Sozialisierung der beteiligten Arbeiterschaft bringen kann. Hierüber bestehen vielfach falsche Vorstellungen. Tatsächlich ist der reine Kapitalertrag sämtlicher Aktien-gesellschaften, wie es in der Zukunft zum Ausdruck kommt, nicht größer als 6 Proz. Selbst wenn man besonders gut arbeitende Gesellschaften untersucht, ergibt sich für die Arbeiter keineswegs ein so verlockend günstiges Resultat, daß die Aussicht auf Gewinnbeteiligungen den einzigen Anreiz für die Gemeinwirtschaft bilden könnte. Deutsch zieht hierzu 66 Gesellschaften der verschiedensten Industrien heran, die insgesamt 2,5 Milliarden Mark Aktienkapital repräsentieren und in den letzten 10 Jahren durchschnittlich 10 Proz. Dividende ausschütteten. Nach zuverlässiger Berechnung würden da auf den Arbeiter bei völliger Gewinnbeteiligung nicht mehr als 11 Pf. auf die Stunde oder 270 Mark auf das Jahr als Mehrbetrag entfallen. Die Berechnung deckt sich mit den Erfahrungen der Reichs-Einstellung, die als Gemeinwirtschaftsunternehmen nur 240 M. jährlich Mehrertrag pro Kopf gewinnbringend konnten! Da die Lohnsteigerungen des Jahres 1918 und des laufenden Jahres bei der Berechnung noch nicht berücksichtigt werden konnten, würde das Verhältnis zwischen Mehrertrag und Arbeitslohn nach neuen Berechnungen sich noch mehr zum Nachteil des Mehrertrages verhalten. — Soweit das Positive, das gewiß die Bedeutung aller derartigen Verträge, die in übertriebener Streben nach Sozialisierung als Illusionen über die Kapitalerträge für die Arbeiterschaft hingen. Auch die Tatsache, daß durch die in Bilanzveränderungen, Ausgabe von Bonds und Staatsanleihen, Mißstellungen usw. vertriehen Kapitalgewinne im Gemeinwirtschaftsbereich sichtbar erlöst werden können, als dies in der Dividendenabteilung zum Ausdruck kommt, wird davon nicht viel ändern. Unschätzbar sind Deutsche Verrechnungen über die Kapitalverteilung. Diese würde für sehr große Gesellschaften ergeben, daß im Durchschnitt auf einen Arbeiter nicht mehr als 3000-13000 M. Aktienkapital entfällt. Jedes Kind weiß, daß das unrichtig ist, da das Kleinrentnervermögen doch viel mehr auf sehr viele kleine Kapitale als auf wenige große entfällt. Deutschland nicht nämlich davon aus, wie groß die Anmeldeungen für Generalversammlungen gewesen sind, woraus man nur ersehen kann, welche Summe ein Arbeiter im Durchschnitt in einer einzelnen Aktiengesellschaft ansetzt hat. Es ist aber bekannt, daß Effektivbesitzer fast nie nur in einer Aktiengesellschaft engagiert sind. — Ein interessantes Bild erhält sich, wenn man das Kapitalertragsverhältnis mit dem Arbeitsertragsverhältnis in den 66 Gesellschaften vergleicht. Danach zeigt sich, daß der durchschnittliche Jahresertrag eines Arbeiters oder Ansetzlers sich auf 1817 M. errechnet. Da das Kapital 10 Proz. Zinsen brachte, kann man das Rebrudie dieses Ertrages als gleiches dem Ansetzler einer Arbeitseinkunft (für Ruhezeit war in Geld ausgedrückt nicht größer als der Zins von 12 1/2 M. in deutschen Unternehmen.) Nicht anerkennend die Unvollständigkeit der vorliegenden Arbeit im Verhältnis zum Ansetzkapital besser als diese Gegenüberstellung. Die 66 Gesellschaften haben ein einseitiges Kapitalverhältnis, worum die Frage der Gemeinwirtschaft auch durch solche Einwürfe wie der von Deutsch nicht erledigt werden kann.

Gewerkschaftsbewegung

Lohnbewegung der Postausbilder.

Eine vom Transportarbeiterverband gesteuerte einberufene Versammlung der Postausbilder und -ausbilderinnen war so massenhaft besucht, daß der große Saal des Gewerkschaftshauses nicht ausreichte, um alle Erschienenen zu fassen.

Die Lohnkommission erstattete Bericht über die Verhandlungen mit der Reichspostverwaltung. Gefordert wird eine Erhöhung der monatlichen Teuerungszulage für Jugendliche von 61,20 M. auf 80 M., für Personen von 18 bis 20 Jahren von 107 M. auf 120 M., für Verheiratete von 115 auf 150 M. bei Frauen und 200 M. bei Männern und Witwen. Für jedes Kind wird eine Monatszulage von 50 M. gefordert. — Die gegenwärtigen Tagelöhne (ausschließlich der Teuerungszulage) betragen für Ausbilderinnen 4,20 bis 4,70 M., für Ausbilder 6 bis 6,50 M., für Beamtenvertreterinnen 5,50 M., für Beamtenvertreter 7 M. — Im Hinblick auf so geringe Löhne erscheint die geforderte Aufbesserung der Teuerungszulage durchaus begründet. Um so mehr sind die Ausbilder entschlossen über das Ergebnis der Verhandlungen. Zwar sind die Forderungen von 80 und 120 M. für Jugendliche und 15. bis 20jährige bewilligt, aber den Verheirateten ist eine Erhöhung auf nur 126 M. und eine Kinderzulage von 80 M. bewilligt. Diese Zugeständnisse wurden als viel zu gering bezeichnet. Ferner wurde dagegen protestiert, daß der für Abendausbilder geforderte Stundenlohn von 1,60 M. und für Reinmachefrauen von 1,10 M. abgelehnt und auch in einigen anderen Punkten kein Entgegenkommen gezeigt worden ist.

Alle Redner gaben unter lebhaftem Beifall der Versammlung ihrer Entrüstung darüber Ausdruck, daß ihre Forderungen nicht ohne Rücksicht bewilligt worden sind. Nachmalige Verhandlungen wurden verlangt, und für den Fall, daß kein befriedigendes Ergebnis bringen, eine Massendemonstration gegen das Reichspostamt in Aussicht gestellt. Ferner wurde verlangt, daß nicht der Beamtenbeitrag über die Angelegenheiten der Ausbilder gebürt werde, sondern daß für die Interessenvertretung der Arbeiter und Ausbilder ein Ausschuss der Arbeiter eingeseht und ihm das Mitbestimmungsrecht in allen das Arbeitsverhältnis betreffenden Angelegenheiten eingeräumt werde.

Einmütig wurde eine Resolution angenommen, deren entscheidender Teil lautet:

Das Entgegenkommen, welches die Reichspostverwaltung dem Ausschusspersonal bewiesen hat, ist unzureichend, es wird eine Erweiterung der Zugeständnisse auf der Grundlage der aufgestellten Forderungen erwartet. Die Versammelten beauftragten ihre Organisationsleitung, gemeinsam mit der Lohnkommission erneute Verhandlungen mit der Reichspostverwaltung anzubahnen und über das Ergebnis am Sonntag, den 4. Mai, zu berichten. Von diesem Bericht werden die Versammelten ihre weitere Stellungnahme abhängig machen.

Am 1. Mai keine Ensemble-, Ball- oder Kinomusik.

In den Musterfilen nahm eine überaus zahlreich besuchte Versammlung der Ensemblemusiker mit großer Mehrheit den Antrag an, am 1. Mai keine Ensemble-, Ball- oder Kinomusik auszuführen. In den weiteren Verhandlungen wurden die Tarifforderungen der Ensemblemusiker besprochen. Eine demnächst einzuberufende öffentliche Versammlung der Ensemblemusiker soll beschließen, bis zu welchem Termin die neuen Lohn- und Engagementsbedingungen seitens der Wirtse angenommen sein müssen, andernfalls soll in den allgemeinen Musterstreik eingetreten werden.

Die Verhandlungen über den Tarifvertrag im Einzelhandel.

Am nunmehr fast zum Abschluss gebracht; die beteiligten Angehörigen werden in einer heute Dienstag, den 29. April, abends 7 1/2 Uhr, im Sportpalast stattfindenden Kreisversammlung dazu Stellung nehmen.

Zur Lohnbewegung der Telegraphenarbeiter und Handwerker.

Vom Bund deutscher Telegraphenarbeiter erhalten wir eine längere Zuschrift, der wir die folgenden Angaben entnehmen:

Die von ausländischer Stelle gemachte Mitteilung, daß die Telegraphenarbeiter und Handwerker vor etwa vier Monaten eine 30- bis 40prozentige Lohnerhöhung erhalten haben, trifft zu. Diese Lohnerhöhung wurde schon im Oktober 1918 gefordert, aber stets von der Verwaltung mit nichtiger Begründung abgelehnt. Heute hat der Telegraphenarbeiter im Oberpostdirektionsbezirk Berlin einen Anfangserfolg von 12,00 M. einchl. der Teuerungszulage. Ein Verheirateter mit einem Kind erhält im sechsten Dienstjahre 14,65 M. Der Lohn beträgt in Hamburg, beim Eintritt 12,30 M., wenn verheiratet mit einem Kind und sechs Dienstjahren 14,25 M., in Frankfurt a. M. 9,60 und 13,80 M., in Dresden 8 und 10,85 M., in Leipzig 9,84 und 11,76 M., in Breslau 9,40 und 11,44 M., in Göttingen 7,90 und 10,24 M., in Posen 8,60 und 9,80 M. Schon längst hätte die Verwaltung einsehen müssen, daß mit solchen Löhnen in der gegenwärtigen Zeit nicht auszukommen ist. Nur wenn die geforderten Lohnsteigerungen gewährt werden, kann ernstlich gesagt werden, daß den Arbeitern mit ihren Familien geholfen ist. Die Verwaltung machte Zugeständnisse, wonach für Groß-Berlin Löhne 1 M. Verheiratete im 6. Dienstjahre 2,10 M. Zulage erhalten sollten. Solche Erhöhung kämft keinen gerechten Ausgleich für alle erhöhten Preise und Bedürfnisse. Die Tatsache, daß die geforderten Erhöhungen eine Mehrdeckung von 250-300 Millionen Reichsmark bedeuten würden, enthebt das Reich nicht von der sozialen Pflicht, die Lebensbedingung der Arbeiter und ihrer Familien zu sichern. Der Reichspostminister Gieseler, der selbst jahrelanger Gewerkschaftsbeamter war, erklärte, „ich glaube Ihnen gerne, daß Ihre Forderungen berechtigt sind, aber im Interesse der Erhaltung des Staates sind dieselben nicht durchführbar“. Es wird uns also zugemutet, weiter mit unseren Familien zu vegetieren. Wir erklären vor der Öffentlichkeit, daß wir resignieren sind, geschlossen an den Forderungen festzuhalten.

Der Streik in Hannover wäre vermieden worden, wenn die Verwaltung nicht erst nach 6-8 Wochen langer Ermüdung in herausfordernder Weise mitgeteilt hätte, daß die Forderungen, so wie sie die Arbeiterschaft gestellt, nicht genehmigt würden. Erhält die Leitung der Zentralorganisation der Telegraphenarbeiter eiterkraft von unseren Kollegen aus Hannover die Nachricht, daß sie von der Verwaltung geschädigt werden, so gibt die gesamte Telegraphenarbeiterchaft des Reiches in voller Ueberlegung die Antwort.

Zur Arbeitsüberlegung in Pfingsters Konditorien verbreitet die Firma eine Zuschrift, der wir folgende Angaben entnehmen: Durch Schlichterspruch des Einigungsamts des Gewerkegerichts Berlin vom 20. März 1919 sind unsere Konditorenbetriebe als solche bezeichnet worden, die zu dem Verband der Konditorien und verwandter Berufsgenossen Deutschlands gehören und deshalb unter den Schlichterspruch des gleichen Gerichts vom 1. März 1919 fallen.

Damit hat das Einigungsamt des Gewerkegerichts anerkannt, daß der mit uns von dem Zentralverband der Konditorien und verwandten Berufsgenossen Deutschlands getätigte Tarifvertrag zu Recht besteht.

Der Verband der Gastwirtschaftsgehilfen nimmt trotz alledem unsere Konditorenbetriebe als zu seinem Verband gehörend an, und es war bis zur Stunde eine Einigung zwischen den beiden Verbänden unmöglich.

Die Leidtragenden dieser unerquicklichen Zustände sind unser Personal und wir. In dem Schreiben wird auch gegen die Streikenden der Vorwurf erhoben, daß sie in gewalttätiger Weise gegen das Wirtschaftspersonal vorgegangen seien. Es wäre gut, wenn sich die Organisation der Streikenden hierzu äußern würde.

Der Streik in der Landschaftsgärtnerei beendet. Durch Schlichterspruch des Schlichterwahnschusses Groß-Berlin sind für die Landschaftsgärtnerei folgende Löhne festgesetzt worden: Für Angestellte (Wärter) sofort 2,00 M., ab 1. Juli 2,20 M., für Wärter nach einjähriger Tätigkeit in der Landschaftsgärtnerei 2,30 M. bzw. 2,50 M., für angeleitete Arbeiter 1,80 M. bzw. 1,90 M., für angeleitete Arbeiter (nach einjähriger Tätigkeit in der Landschaftsgärtnerei) 2,00 M. bzw. 2,20 M., für Gartenfrauen 1,00 M. bzw. 1,10 M. Die Versammlungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer haben dem Schlichterspruch zugestimmt. Die Arbeit wird heute, Montag, wieder aufgenommen. Die restlose Durchführung der Bestimmungen des Schlichterspruches wird bei den nicht der Arbeitgeberorganisation angehörenden Firmen noch einige Schwierigkeiten machen.

Sie werden behoben, wenn die Arbeitnehmer sich selbst ihrer Berufsorganisation, dem Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, Bureau Berlin S. 42, Luisenla. 1, angeschlossen. Besonders die Bauarbeiter werden bei der Kontrolle der Organisationszugehörigkeit um Unterstützung gebeten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Gärtner und Kranenarbeiter! Mittwoch, den 30. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Reichsbauerhof, Reichsbauerstr. 147, Brandenburgerstrasse, Tagesordnung: Die Aufgaben unserer Branche in der nächsten Zeit. Referent: Robert Oswald Obl. Freie Aussprache. Wahl zur Branchenkommission. Verschiedenes.

Aricadbeschaedigte des Siemens-Konzerns! Obene und Vertrauensleute Mittwoch 7 1/2 Uhr, bei Schumacher, Kurze Str. 17 (Zentrum), zu wichtiger Besprechung.

Angestellte der Heeresbetriebe etc. Am Mittwoch, den 30. April, nachmittags 9 Uhr, findet im großen Saal des Lehrer-Bereitschafts, Alexanderplatz, eine Vollversammlung sämtlicher Angestellten-Ausschüsse, Betriebsräte und Odbmänner derjenigen Heeresbetriebe, Werksbetriebe, Transportbetriebe usw. statt, außer den der Generaldirektion der Heeresbetriebe unterstellt. Bericht über den Verlauf der Verhandlungen mit dem Kriegsministerium wegen Gleichberechtigung bestimmter Arbeiterbetriebe mit der Reichswehr. Bildung einer Arbeitsgruppe zum Aufbruch an den Zentralausschuss. Eintritt nur nach Ausweis der Angestellten-Ausschüsse gestattet.

Zentralverband der Handlungsgehilfen.
Verband der Bureauangestellten.
Bund der technisch-industriellen Beamten.

Parteinachrichten.

Die Ratetage auf dem Parteitag.

Der Parteivorstand hat vorbehaltlich der Zustimmung des Parteiausschusses für die Behandlung der Ratetage auf dem zu Pfingsten stattfindenden Parteitag als Referenten den Genossen Dr. Hugo Dingeldey und als Korreferenten den Genossen Max Cohen vorgesehn.

Der erste Antrag der Sozialdemokratischen Mittelstaaten nahm einstimmig folgende Entschliessung an:

„Der mittelfränkische Antrag der Sozialdemokratischen Partei erwartet, daß der nun bevorstehende Friedensvertrag im Geiste der Wilsonschen Vorschläge ein Rechtsfrieden und nicht ein Gewaltfrieden werde; der Antrag protestiert mit aller Entschiedenheit gegen jede Friedensbestimmung, die mit dem Selbstbestimmungsrecht irgend eines deutschen Volksstammes im Widerspruch steht. In schreiendem Gegensatz zu den Wilsonschen Prinzipien und zu den Grundfäden des Rechtsfriedens würde ein Friedensvertrag stehen, der die Beizung des rechtsrheinischen Gebiets und unter irgendwelchen Formeln die zeitweise oder dauernde Angliederung des Saargebietes an Frankreich, Danzig und anderer deutscher Gebiete an Polen bestimmen würde.“

Jede territoriale oder wirtschaftliche Vergewaltigung Deutschlands, die unsere Befriedung verhindern würde, würde im Interesse der Dauer des Friedens entschieden abgelehnt werden.“

In die politische Redaktion der Schlichter-Wohlfahrts-Zeitung „Kollektion“ in Kiel ist Genosse Kurt Kollmann, bisher an der „Berliner Freien Presse“, eingetreten.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwochmittag: Ueberall sehr gemäßig kühl und an den westlichen Orten leichte Niederschläge, später im Nordwesten beginnende allmähliche Aufhellung.

Verantwortlich für Politik: Walter Jäger, Charlottenburg. Für den übrigen Teil des Blattes: Walter Jäger, Charlottenburg. Für Anzeigen: Theodor Giese, Berlin. Verlag: Schmidt-Verlag, Berlin. Druck: Hermann-Pöhlmann-Verlag, Berlin. Verlagsanstalt: Carl Schuler & Co. in Berlin, Unter den Eichen 2. Etage 2. Stock.

A. WERTHEIM

G. m. b. H. Versand-Abteilung Berlin W 66

Am Drogenlager

Haematogen Flasche . . . 6.00

5 Flaschen 28.50

Tändel-Schürzen	Haus-Schürzen	Blusen-Schürzen	Kinder-Schürzen
Baumwollstoff gemustert, mit Volant 2.75	Zellstoff blau-weiß gestreift 4.00	Zellstoff blau-weiß gestreift 5.00	Bunt gemustertes Kreiton
Bafist weiß, mit Stickerel 8.75	Zellstoff blau-weiß gemustert, extra weit 4.85	Zellstoff blau-weiß gestr., Wiener Form 8.50	Gr. 45 50 55 60 65 70 cm
Slickeristoff weiß 9.25	Zellstoff dunkelblau, mit Satinblende . . 8.50	Drell leidgegr., mit buntem Besatz . 19.50	16.00 17.00 18.00 19.50 21.50 23.00

Handarbeiten

Fertig gestickt und vorgezeichnet

Kreuzstichmuster, grau oder weiß, mit Hohlraum, vorgezeichnet

Mitteldecken weiß und grau, etwa 60/60 cm 11.25

Tischläufer weiß und grau, etwa 35/135 cm 14.50

Nachtschdecken weiß und grau, etwa 32/32 cm 4.50

Nählichdecken weiß, etwa 50/100 cm . . . 15.00

Kissen mit Rückwand, grau, etwa 40/60 cm . . . 6.50

Kaffeewärmer genäht, grau 5.00

Angefangene Handarbeiten

in reicher Auswahl

Perlbeutel

in verschiedenen Größen

Blusen und Kinderkleider

in modernen Formen, vorgezeichnet

Bilder

fertig und zum Aussticken

Fertig gestickt und vorgezeichnet

Leinen grau, mit Hohlraum

Mitteldecken etwa 60/60 cm, vorgezeichnet 12.75

Mitteldecken etwa 60/60 cm, fertig gestickt 25.00

Tischläufer etwa 35/135 cm, vorgezeichnet 15.25

Tischläufer etwa 35/135 cm, fertig gestickt 35.00

Kissen mit Rückwand etwa 40/60 cm, vorgezeichnet 22.00

Kissen mit Füllung, etwa 40/60 cm, fertig gestickt 67.00

Kaffeewärmer genäht und gezeichnet 16.5

Die neue Frühjahrs-Preisliste wird auf Wunsch kostenfrei zugeandt

Juwelen, Brillanten, Perlen

dem heutigen hohen Kurse entsprechend zu kaufen gesucht.

Margraf & Co. am Hof, Berlin

Kanonierstr. 2. Fernruf: Zentrum 6864.

Reichelt

Lebensmittel

60 Zweig-Geschäfte.

Gartenhäute:

Neu-Geesehof, Neu-Sinttrug, Waldheim.

ca. 1/2 Std. von Berlin, geeignet zur Gründung von Eigenheimen.

Gas und Wasser vorhanden. Elektrischer Anschluss gesichert. — Auskunft:

Deutsche Anstaltungsbank Berlin,

Kurfürstendamm 17.

Telefon: 4776.

Ein Freudentag der Waschtage

mit dem „Lilja“ einen vollkommene arbeitenden „Lilja“ Dampf-Wasch-Automaten, ein „Lilja“ Arbeits-Becken, ein „Lilja“ Schüssel-Foerung, ein „Lilja“ und in jedem Raum für 40- und 60 Liter Wasser, eine große Schüssel für Waschen, ein „Lilja“ mit dem markantesten „Lilja“ Beschriftung, ein „Lilja“ Wasser. Die Anschaffung wird erst nach durch bewertene Lohnweise erleichtert. Preis je nach Größe und dem zuerst in Frage kommenden Teuerungsausgleich von 61 Mark an.

Näheres durch Preisliste V. mit Abbildungen gratis.

„Lilja“ Dampf-Wasch-Automaten-Zentrale, Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollernstr. 176.

Zigarren

In Qualität 70, 85, 90, 1 u. 1,20 M.

Probepaket nicht unter 500 St., liefert, gegen Nachnahme oder Vorkaufzahlung.

Zigarren M. u. o. H. zu Tagespreisen.

Hugo Jacobsohn, Danzig.

8114, Graben 11. Tel.: 1694. 191/19

Perser-Teppiche

und Brücken kauft ich zu nie gezahlten Preisen

Sinzheimers Orient-Teppichhaus,

Friedrichstr. 180 (Bavariahaus), Anruf 10-3 Uhr Zentrum 10 184. 1009L.

Kaufe zu höchsten Preisen

die reichlich Sonnabend, den 3. Mai, von 10-6 Uhr, im Hotel „Nordischer Hof“, Jungfernstieg 120 (h. Str. 106.)

Geht! Montag, den 4. Mai, im Hotel „Nordischer Hof“, Jungfernstieg 120 (h. Str. 106.)

Alte Gebisse,

Brillanten Juwelen

Berlin

Ballhausstr. 130, gegenüber d. Dittmer-Gasf. Zentrum 108

Groß-Berlin

Endlich.

Der Magistrat Berlin hat beschlossen, bei der Stadtregierung zu beantragen, daß die Stadt Berlin im Sinne der Mieterschlichtung vom 23. September 1918 zum Notstandsbesatz erklärt wird. Danach kann die Gemeindebehörde die Mietpreise von Wohnräumen zur unterjährigen Anleihe ansetzen, wenn eine seit dem 1. Juli 1917 dauernd oder zeitweise vermieter gewesene Wohnung an einen neuen Mieter teurer als an den Vormieter vermieter wird. Ferner kann das Einigungsamt ermächtigt werden, auf Antrag der Gemeindebehörde den mit dem neuen Mieter vereinbarten Mietzins auf die angegebene Höhe herabzusetzen. Auch können die Vermieter von Wohnräumen ein Mietverhältnis beschließbar nur mit vorheriger Zustimmung des Einigungsamtes kündigen, insbesondere, wenn die Kündigung zum Zwecke der Mietschlichtung erfolgt. Besonders wichtig aber ist, daß ein ohne Kündigung ablaufendes Mietverhältnis als auf unbestimmte Zeit verlängert gilt, wenn der Vermieter nicht vorher die Zustimmung des Einigungsamtes zu dem Ablauf erwirkt hat. Das Einigungsamt kann bei der Entscheidung die Fortsetzung oder die Verlängerung des Mietverhältnisses jeweils bis zur Dauer eines Jahres bestimmen.

Die meisten Vororte sind bereits seit längerer Zeit als Notstandsbesatz erklärt worden, die paar fehlenden werden nun hoffentlich auch folgen.

Nach „Prüfung“ durch Vertrauensärzte.

Das Verfahren bei der Bewilligung oder Nichtbewilligung von Zuschüssen für Kranke ist eine unerlöschliche Quelle der Mißstimmung. Wie die Nichtbewilligung wirkt, lehnen die erkrankten Kranken, die uns forscht in großer Zahl zugehen. Doch die Zentralkasse für Krankenernährung ihre Vertrauensärzte über die Kranken aus der Ferne urteilen läßt, wobei dann oft trotz ärztlichen Beschlusses noch sogenannte „Prüfung“ die Bewilligung verweigert wird, weil einem schließlichen Bescheid nicht beigefügt ist. Der Arzt unter den vielen uns bekannt gewordenen Fällen betrifft einen jetzt etwa 14jährigen Knaben, der Kurieren und so schließlich ist, daß er auf uns bei einer Besichtigung den Eindruck eines 20-25 Monate alten Kindes machte. Zur Kräftigung hielt der Arzt, der wegen eines Krampfkrampfes zu Hause gezwungen worden war, sehr viel mehr Milch als die dem Kinde ohnehin zuzuführende Menge für nötig. Die Eltern hatten große Mühe nach zweimaliger „Am Einvernehmen mit den ärztlichen Beratern“ erfolgter Ablehnung auf einen dritten Antrag endlich eine bis Ende April geltende Teilbewilligung für den schmerzhaften Kleinen zu erlangen, eine Zulage von nur 1/2 Liter pro Tag. Obwohl das Kinde im Alter als acht bezeichnet war, sollte man — wie der Vater mit berechtigter Entrüstung hervorhebt — sechs Wochen darüber hingehen lassen, bis auch nur ein Teil dessen bewilligt wurde, was der Arzt für dringend nötig hielt. Aber auch das Wenige galt den „prüfenden“ Vertrauensärzten der Krankenernährungskasse noch als zuviel, und als die Bewilligung von Milch beantragt wurde, schränken sie die Zulage vom 1. Mai ab auf 1/4 Liter pro Tag ein. Die Zuschussbewilligung, die der behandelnde Arzt für das Kind beantragt, wurden schon vom 1. April ab nicht weiterbewilligt. Am Scheidungspunkt soll man auch Milch und Nahrungsmittel für Kranke Kinder, denen die Krankenernährungskasse dieses Inrentbedürfnis versagt, ohne Mühe erhalten können. Doch dem Vater, der vier Jahre im Felde war, fehlt das Geld, die erforderlichen Vorkaufspreise zu zahlen. Er hat durch eingeschriebenen Brief die Krankenernährungskasse gebeten, man möge Gelegenheit geben, den „ärztlichen Beratern“ das Kind selber vorzuführen, damit sie es untersuchen könnten. Nachdem die Krankenernährungskasse auf diesen Vorschlag nicht eingegangen ist, wohnen wir den Eltern, nicht erst auf Erlaubnis zu warten, sondern ohne weiteres ihr kleines Kind dorthin zu bringen, und Untersuchung durch die Vertrauensärzte zu fordern. Wie wollen doch leben, ob man bei der Krankenernährungskasse dann noch den Mut haben wird, die Untersuchung abzulehnen, an dem Verbot der Verurteilung aus der Ferne festzuhalten und sich der Verantwortung für die Folgen der Nichtbewilligung zu entziehen.

Vom Heilgewerbe.

Die Zustände, die in privaten Heil- und Pflegeanstalten herrschen, sind bekannt. Die „Wochenblätter“ hat sie oft geschildert, und wer schon Pfleger einer solchen Anstalt war, weiß selber Bescheid. In manchen kann man sich für schweres Geld sehr

gut versorgen lassen, aber so etwas blüht nicht dem Kranken, den die Arbeiter- oder Angestelltenversicherung überweist. Aus dem Sanatorium „Berghülen“ bei Neuhofen, das von Dr. Jannitsch betrieben und von der Angestelltenversicherung für ihre Heilbedürftigen benutzt wird, gehen uns Klagen zu. Wir müssen uns darauf beschränken, nur das Wichtigste und das in knapper Form wiedergeben. Wochen hindurch war dort die Badeeinrichtung infolge Beschädigung unbenutzbar. Neuaufgenommene Pflegerinnen wunderten sich, daß sie überhaupt nicht zum Baden aufgefordert wurden. Pflegerinnen, die durchaus ihr Reinigungsbedürfnis in einem Bad befriedigen wollten, erhielten zu diesem Zweck Urlaub nach Berlin. Auch bei Benutzbarkeit ist der Baderaum meist so kalt, daß Kranke darunter leiden. Warum fehlt es in der Anstalt, wie an Bobetischen, so auch an Tüchern zu nassem Umschlagen? Pflegerinnen waren genötigt, hierzu ihre Hand- und Frotteertücher zu benutzen. Warum ist oft mit der Heizung auch in den Zimmern so gespart worden, daß die Temperatur 12 Grad Celsius nicht übersteigt? Nur im Vorderzimmer, wo ein Arzt und die Oberkrankenschwester wohnen, soll stets angenehme Wärme sein. Ein heißes Kapselbad in den Anhalten die Verpflegungsverhältnisse. Bei der allgemeinen Lebensmittellage wird kein verständiger Mensch jetzt viel verlangen, aber täglich nur 1/4 Liter Milch zum Frühstück für Krankenleiden ist doch wohl ein bißchen zu arg. Ueber die als Mittag- und als Abendessen gebotenen Gemüse wird uns gesagt, daß die Speisen oft schlecht zubereitet und manchmal nicht genießbar gewesen seien. Die Anstaltsleitung weiß, daß es da schon unangenehme Auswärtiger gegeben hat. Von einem Wohngegend, das verdächtig duftete, ob einer — und sagte noch über Regenbekleidungen. Soll man den Pflegerinnen raten, ihre Vermögenstände dem Anstaltsleiter und nötigenfalls auch der Angestelltenversicherung vorzutragen? Das ist schon einige Male geschehen, aber der Erfolg war nicht sehr zur Wiederholung ermutigend. Die Angestelltenversicherung gibt Beschwerdebriefe an den Anstaltsleiter zum Bericht, und zwar wird behauptet, daß sie dabei die Namen der Beschwerdeführer nicht geheim hält. Für all solche Mißstände ist unseres Erachtens die Versicherungsbehörde noch mehr verantwortlich zu machen als die Anstaltsleiter, die dortige Anstalten betreiben und daran natürlich verdienen wollen. Bei der dringend notwendigen Sozialisierung des Heilgewerbes müßte der Leitung gewandt werden mit dem privaten Heil- und Pflegeanstalten, für die ja aus den angefallenen Krankenkapitalien der Arbeiter- und Angestelltenversicherung leicht Erfolg durch eigene Anstalten zu beschaffen ist. Krankenheilbehandlung und Gesundheitspflege dürfen nicht Gegenstand der Erwerbstätigkeit sein, die begründeterweise auf Gewinn abzielt. Es Profitorientierung leidet Grundgedanke ist, muß das Volkwohl zu kurz kommen.

Arbeiterräte, kommunale Arbeiterräte, Soldatenräte Groß-Berlin (S. P. D.)

Monte 4 Uhr, im Plenarsaal des Herrenhauses gemeinsame Sitzung.

Tagesordnung wird dort bekanntgegeben. Reklamieren und Organisationsausweis legitimieren. Der Fraktionsvorsitzende, Quase.

Zum Gelddiebstahl in Spandau.

Wir werden um Veröffentlichung nachfolgender Notiz gebeten: Vor der Räumung des besetzten Gebietes in Rumänien traf ein Geldtransport mit etwa 500 Millionen Reichsmark am 7. November in Berlin ein. Infolge der ausstehenden Revolution war es den nachgehenden Stellen nicht möglich, diese Reichtümer in der erwünschten Weise sicher aufzubewahren; sie mußten vielmehr, als im Volkstum kein Platz war, zunächst in der Zitadelle in Spandau unter Verwahrung gelagert werden. Während der sich entwickelnden Revolution hörte die Verwahrung auf und es erfolgten mehrere Einbrüche in die Zitadelle.

Dem im Anfang Januar neu ernannten Kommandanten, Oberstleutnant Häußler, ist es zu verdanken, daß das Geld dem Staat fast ganz erhalten blieb. Er fand bei Uebernahme seines Amtes gefahrlos in dem Offiziersquartier vor. Die Tür zu diesem Zimmer sowie eine Nische waren eingebrachen, die jedoch logisch ordnungsmäßig verschlossen wurden. Eine Wunde wurde sofort eingesehrt. Die nachgehenden Berliner Stellen fanden infolge der damaligen Spandauer Verhältnisse nicht die Möglichkeit der Ueberführung der Noten nach Berlin. Diese ist dann erfolgt am 19. Januar. Die fehlende Summe ist noch nicht genau fest, sie wird auf 20-40 Millionen Reichsmark geschätzt.

Die Malleszeitung

wurde nachgedruckt und gelangt heute Dienstag, nachmittags 4 Uhr, wieder zur Ausgabe. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 8.

Roch einmal „Die Kirche nicht gegen die Arbeiter?“ Der Bund Neues Vaterland schreibt uns zu der in der Sonntagsnummer veröffentlichten Aufschrift des Herrn Pfarrers Bleier: Es ist ein Verstummen, wenn Herr Dr. Bleier schreibt, daß nur Vertreter der drei sozialistischen Gruppen für die Ausdehnung der militärischen Macht im Klassenkampf sprechen sollten. Es war auch dem Bund gelungen neben Frau Gertrud Eysoldt Vertreterinnen der bürgerlichen Parteien und aller drei sozialistischen Parteien zu gewinnen. Der Bund konnte sich an einen sozialistischen Pfarrer nicht wenden, weil überhaupt nur Frauen sprechen werden. Es hat J. B. der Gemeindeführer der Heiligkreuzkirche, trotzdem ihm dieser Tatbestand bekannt war, mit allen Stimmen gegen die einzige des sozialistisch gesinnten Pfarrers die Vergabe der Kirchen für die Frauenzubehaltung abgelehnt.

Ein Nord. In dem Artikel vom 20. April unter obiger Ueberschrift bittet das Garde-Schlacht-Batt. um Aufnahme folgender Notiz: Wir legen Wert darauf, ausdrücklich auf die Tatsache hinzuweisen, daß das Garde-Schlacht-Batt. mit der französischen Angelegenheit in keinerlei Beziehung steht. Das Batt. ist während der Umarmen von Regierungstruppen befreit gewesen, und diese haben ihren Dienst ohne jede Mitwirkung des Batt. ausgedient.

Damals dürfte also die gemeinde des Batt. in Regierungstruppen zugeführt sein. Es wird notwendig sein, daß sofort alle Schritte eingeleitet werden, um den wahren Sachverhalt aufzuklären. Der Öffentlichkeit sollte so schnell als möglich Bericht über die Untersuchung gegeben werden.

Bewachungspflicht für Versammlungen. Der Polizeipräsident macht darauf aufmerksam, daß die Bewachungspflicht zur Abhaltung öffentlicher Versammlungen mindestens 48 Stunden vorher nachzufinden ist. Dasselbe gilt für Umzüge und für Versammlungen unter freiem Himmel, sofern für solche unter dem Bewachungszustand überhaupt ausnahmsweise eine Zulassung erfolgen kann.

Befreiung von Ziehlingsland. Uns gehen folgende Anfragen wegen Befreiung an. Anfragen dieser Art wollen man richten an den Zweidörfer Bund Groß-Berlin, Klopffeldstr. 24, oder die Aufsichtsstelle für Anstellungen, Berlin SW, Bernburger Straße 13. Die Aufsichtsstelle für Anstellungen Kriegsbeschädigter ist Berlin, Pringelstraße 70.

Verzweiflungstod einer Mutter.

Verhaftet wurde gestern die Tischlerin B. aus der Donaustraße zu Reutlitz. Die Verhaftete wollte mit ihren Kindern in den Tod gehen. In der Ehe gab es fortwährend Streit über die Behandlung der Kinder. So auch gestern wieder. Von Verzweiflung gepackt beschloß die Frau endlich, mit ihren beiden Kindern aus dem Leben zu scheiden. Gegen 2 1/2 Uhr ging sie nach dem Reutlitzer Schiffahrtskanal und warf die Kleinen rasch nach einander ins Wasser. Bevor sie selbst nachspringen konnte, wurde sie von Leuten, die ihr Vorhaben sahen, ergriffen und festgehalten. Schiffer bemühten sich um die Rettung der Kinder. Es gelang auch, sie aufzuheben und zu bergen, beide waren aber schon tot. Wiederbelebungsgewandte die man auf der nächsten Feuerwehrtroie anstellte, blieben erfolglos.

Seine Rentenzahlungen am 1. Mai. Die Oberpostdirektion teilt mit: Das Ansehen des Nationalertrages am 1. Mai findet an diesem Tage bei den Postanstalten eine eingehende der Unfallversicherung, Invaliden- und Hinterbliebenenrenten sowie der Militär-Versorgungsgeldrenten nicht statt.

Wir nehmen als selbstverständlich an, daß dann die Renten schon am Tage vorher zur Verfügung stehen werden.

Das Reichs-Karobuch enthält Zulage zum in neuer Ausgabe (S. P.). Entscheidungen bei künftigen Vorkäufen und Buchhandlungen.

Neue Zweigstelle der Christenkirche Niederbarnim. Für eine Anzahl nördlicher Vororte errichtet die Niederbarnimer Christenkirche in Dillenwerder, Rothaus, Hauptstraße, eine neue Zweigstelle. Wir bitten, das Interes in der heutigen Nummer zu beachten.

Herr Erich Rosenfeld teilt uns mit, daß die in einer Versammlung der Handwerkervereine aufgestellte Behauptung, monach er eine Wohnung für 1000 M. gemietet und selbst für 10000 M. weitervermietet hätte, unrichtig ist. Wahr ist vielmehr, daß er im Jahre 1915 eine leere Wohnung gemietet und sie im Jahre 1918 mit Möbeln und allem Zubehör für 7800 M. weitervermietet habe.

Das Scheitern und allerdings auch ein ganz rentables Geschäft zu sein.

Die „Nichte“-Turner, die auf dem Boden der parteipolitischen Neutralität stehen, haben beschlossen, einzuschließen alle „Nichte“-Veranstaltungen zu meiden. Anstelle des Turnens findet daher am 4. Mai eine Familienpartei nach Köpenick, früher Kiefern, Hall, Kreuzland 1 Uhr Schillerstr. Dahnhol. Auf der Saalhöhe, dann zu Fuß über Uhlenhorst nach Köpenick. Dort finden dann Spiele statt.

Ein Preis von 2000 M. wird von den Helfern der Kaufmannschaft von Berlin ausgesetzt für die beste Arbeit über: „Das Problem der Arbeiter“; ich habe sie — ermordet,“ wollte er sagen, aber es wurde an die Tür geklopft.

Er wandte den Kopf und sah den Nachbar Tischler eintreten. Der alte Mann hatte durch die dünnen Wände den Lärm gehört, das Mitleid mit der Frau, die dessen nicht mehr bedürftig, hatte ihn hergetrieben; nun sah er erschrocken auf die Tote.

„Was ist das! Was habt Ihr hier?“ frug er verwirrt. John richtete sich auf und setzte die Kleine auf den Fußboden. „Es ist nur wieder ein Satz zu machen,“ sagte er tonlos, und ich habe keine Eisenstämme mehr. Ich bin ein armer Lump, Nachbar!“

Der Alte sah ihn eine Weile säuwelnd durch seine runden Brillengläser an. „Ich weiß wohl,“ sagte er dann, „daß du dies Weib nicht verdientest; du brauchst ja nicht davon zu reden — wie ist denn das Unglück hier zu Blat gekommen?“

Und John berichtete, was geschehen war; ohne Auslass, trocken, als sei es eines Dritten Sache; dann aber warf er sich wieder zu der Toten und betrachtete mit Schen ihr Antlitz, das wie schlafend vor ihm lag; leise, als gelte es ein Verbot zu übertreten, streckte seine große Hand sich aus und strich zitternd über die leblosen Wüge. „Wie schön, o wie schön!“ murmelte er; „und sie werden ein glattes Brett darüber nageln, wie sie es den armen Menschen tun!“

Der Alte konnte seinen Mann; er glänzte seinem Berichte; er wußte, er brachte nicht weiter darüber zu reden; dennoch trug er ihm mehr Groll als Mitleid. „Sei ruhig, John,“ sagte er fast mürrisch; „ich möchte deinem Weibe ihren Satz wie damals ihrer Mutter; wenn wieder Arbeit kommt, so magst du zahlen, wenn du es kannst!“

Do richtete der eiserne Mann sich auf. „Danke, Nachbar; aber gewiß, ich bezahle Euch jeden Sechseling, jeden Pfennig, denn ich muß sie selbst begraben. Sonst soll mich Gott verdammen!“

Das Kind erschrak und ließ den Bispel seines Kopfes los, den es bisher gefaßt hielt. „Soll meine Frau Euch,“ frug der Tischler, „die Kleine für die nächsten Tage abnehmen? Ihr habt hier niemand mehr.“

(Fortl. folgt.)

Ein Doppelpgänger.

Erzählung von Theodor Storm.

Aber die Lotengebirgen waren meist noch unbezahlt, und manches andre drückte auch noch; es bot sich wieder einmal kaum je am anderen Tag eine Arbeit.

Ein Sonntagmorgen war es; Hanna hatte eben das jetzt schon dreijährige Kind in seinen dürftigen Sonntagsgaun gekleidet; John sah mit aufgestricheltem Ellenbogen am Tisch vor seinem Morgenkaffee, wühlte mit der Hand in seinen dunklen Locken und sprach mit einem Stückchen Kreide Zahlen auf die Blatte.

Sald aber zerbroch und zermalmete er die Kreide zwischen seinen Fingern und starrte wie gedankenlos auf Weib und Kind. „Was hast du jetzt zu tun, Hanna?“ frug er endlich.

Sie warf den Kopf herum; die Worte klangen ihr so trocken. „Nichts!“ sagte sie ebenso, „das Kind ist angezogen.“

„Was tustest du denn, als du mit deiner Mutter noch allein warst und nicht einmal ein Kind zum Anziehen da war?“

„Ich ging betteln in der Stadt!“ antwortete sie, und ein höhnischer Trotz klang aus den Worten; „das ging noch besser, als es jetzt geht! Du wußtest ja, daß du eine Betteldirne freitest!“

„Und schämtest du dich nicht?“ fuhr es aus ihm heraus. „Nein,“ sagte sie hart und sah ihm mit starren Augen ins Gesicht.

„Warum lernst du nicht mit deiner Waise umgehen? Deine Mutter konnte es doch; sie hatte bei Herrschaften gedient. Das hätte uns jetzt Geld gebracht und wär besser gewesen als das faule Umherlungern.“

„Nun war, als hätte er einen Schlag in sein Gehirn bekommen, und sein Gesicht verwanndelte sich furchtbar, daß sich das Kind mit beiden Armen an die Mutter klammerte.“

„Weißt Hanna!“ schrie er. „Das sagst du mir? — du?“ Und als sie jetzt wie ohne Leben ihm ihr Gesicht entgegenhielt, sagte er sie an beiden Schultern, soß sie an sich, als müsse er sich überzeugen, ob sie auch selber wäre, und stieß sie dann gewaltig von sich. Der Stuhl, an welchem sie gesessen hatte, fiel zurück, und das Kind stieß einen gellenden Schrei aus; das Weib aber stürzte gegen den Ofen; dann glitt sie mit einem schwachen Bechlaute auf den Boden.

Als wären die Gedanken ihm abhanden gekommen, sah John darauf hin; als er ein wenig seine Augen hob, da sah er an einem hervorstehenden Schraubenstift des Ofens, von dem das Kind den Messingknopf zum Spielen abgenommen hatte, einen Tropfen roten Blutes hängen. Er kniete nieder und fuhr fuchend mit den Fingern durch das volle Haar seines Weibes; plötzlich wurden ihm die Finger feucht; er zog sie hervor. „Blut!“ schrie er und betrachtete mit Entsetzen seine Hand; dann fuhr er fort zu suchen, hastig, mit fliegendem Atem, und — nun hatte er es gefaßt, ein Stöbchen brach aus seinem Munde; da, da quoll es hervor, da war der Stiff hineingedrungen; tief — er wußte nicht, wie tief. „Hanna!“ häuferte er, indem er sich zu ihrem Ohre beugte, und noch einmal stärker: „Hanna!“

Do kam es endlich. „John!“ kam es von ihren Lippen; doch wie aus weiter Ferne.

„Hanna!“ häuferte er wieder; „bleib, ob stirk nicht, Hanna! Ich hol einen Doktor; gleich, gleich bin ich wieder da!“

„Es kommt doch keiner.“

„Na, Hanna, er soll kommen!“

Eine Hand griff tastend nach der seinen, wie um ihn zurückzuhalten. „Nein, John — kein Doktor — du bist nicht schuld — aber — sie legen dich ins Gefängnis!“

Sie warf sich plötzlich gewaltig herum. „Nütz mich, John!“ rief sie laut wie in Todesangst; doch als er keine Lippen auf die ihren drückte, stierte er nur noch eine Tote.

Sahen schlich das Kind zu ihm heran. „Ist Mutter tot?“ frug es nach einer Weile, und als der Vater nickte: „Warum weinst du denn nicht?“

Do ergriff er das erschrockene Kind mit beiden Händen und drückte es an sich. „Ich kann nicht!“ sammelte er

Der Verwaltungsrat der 'Berliner Volksbank'...

Der Schwimmverein 'Vorwärts' 1897...

Ein Erholungsheim für Kinder (5-14 Jahre)...

Schönberg. Die Stadtratsversammlung...

cohs hat die Zwangsversteigerung bei den Fiera...

Mariendorf. Gemeindevorstellung...

Spandau. Die Kreisgenossenschaft...

Dahlem. Wohnungsnot. In allen Gemeinden...

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. In dieser Woche ein drittes halbes...

Pankow. Heute auf Abkühlung...

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Post- und Telegraphen-Angestellte. Heute 8 Uhr...

Opernhaus. 12 Uhr: Sinfonie-Konzert...

Schauspielhaus Coriolan. Anfang 7 Uhr.

Volkshaus. Theater am Blüowplatz...

Königsplatz. Theater am Blüowplatz...

Komödienhaus. an der Marschallbrücke...

Berliner Theater. 7 1/2 Uhr: Sterne...

Residenz-Theater. Untergrund. Klosterstraße...

Das höhere Leben. Von Hermann Sudermann...

Trianon-Theater. 10 1/2 Uhr: Der gute Ruf...

Der gute Ruf. von Hermann Sudermann...

Luisen-Theater. Erste Aufführung...

Jugend. Uebungsprogramm...

METROPOL. Kabarett...

BRAUNES DIELE. Alexanderstr. 53...

Nordpalast. Brunnenstr. 18...

Heute Abend. Benefiz für Georg Gau...

Reichsball-Theater. Abends 7 1/2 Uhr...

Peltzer Grill. Hermann Peltzer...

goldene Buch des Weibes. 10 Kapitel...

Lessing-Theater. Direktor Victor Barnowsky...

Deutsches Künstler-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Schönste von Allen...

Central-Theater. Kommandantenstraße 57...

Deutsches Opernhaus. 7 Uhr: Herbststurm...

Friedr.-Wilhelms-Theater. 7 1/2 Uhr: Das Dorf ohne Glocke...

Kleines Theater. 7 1/2 Uhr: Kummelhütchen...

Komische Oper. 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmadel...

Lustspielhaus. 7 1/2 Uhr: Die spanische Fliege...

Metropol-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Faschingssee...

Neues Operettenhaus. Schiffbauerd. 4a, Norden 281...

Die keusche Susanne. 7 1/2 Uhr...

Palast-Theater. 7 1/2 Uhr: Christus...

Schiller-Theat. Charl. 7 1/2 Uhr: Anatol...

Thalia-Theater. 7 1/2 Uhr: Zur wilden Himmels...

Th. am Nollendorfsplatz. 7 1/2 Uhr: Wo die Lerche singt...

Theater des Westens. 7 1/2 Uhr: Madame Sherry...

Donnerstag 8 Uhr 2. 1. Mal: Wo die Liebe hinläuft...

Wallner-Theater. 7 1/2 Uhr: Geisha...

Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: Stärker als der Tod...

Walhalla-Theater. 7 1/2 Uhr: Der Jäger aus Rumpelstilz...

Theater a. Kottbuser Tor. (fr. Sanstocci Kottb Str. 4)

National-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Kinopuppe...

Casino-Theater. 7 1/2 Uhr: Vater Knolle...

APOLLO. Theater. Friedrichstraße 218...

Nur noch bis 30. April 1919. 12 Varietè-Attraktionen...

Ferdinand Bonn. L. Lein. Meisterszenen...

Klein-Rosa. die 13 jährige Wiener Soubrette...

10 weitere Sensationen. Sonn- u. Feiert. jed. Erwachs. 1 Kind frei!

BTL. Potsdamer Str. 38. Bruno Kastner...

Die goldene Lüge. Turmatr. 12. Fern Andra...

Ressel Oria. in: Halbblut. Friedmann, Rheinstr. 14...

Friedr. Zelnik. Menschen, die vom Wege kamen...

Admirals-Palast. Täglich 1/2 8 Uhr. Sonntags 3 u. 7 Uhr...

Im Gespensterschloß. Wiener Walzer außerdem Tanz-Revue...

Winter-Garten. Täglich 7 1/2 Uhr: Varietè-Spielplan...

Reichsball-Theater. Abends 7 1/2 Uhr und Sonntag 3 Uhr...

Stettiner Sänger. In- und Auslandsstädte-Vertreter...

Peltzer Grill. Hermann Peltzer. WEIN-RESTAURANT...

goldene Buch des Weibes. 10 Kapitel aus dem intimsten Leben der Frau...

Circus Busch. 7 1/2, Sonntag 7 1/2 u. 7 1/2 Uhr. WUNDERWELT...

MARMOR HAUS. Dir. Siebert Goldschmidt. Kurfürstendamm 238...

ALRAUNE. Nach dem Roman von Hanns Heinz Ewers...

Prachtsäle des Westens. Speyerstr. 8. Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonntag...

Gr. 3 Ball. Sonntags Anfang 3 Uhr, wochentags Anfang 6 Uhr...

Gr. Billard-Wettspiele im Kaffee Zielka (Equitable). Friedrichstr. 59-60...

Peltzer Grill. Hermann Peltzer. WEIN-RESTAURANT. Neue Wilhelmstr. 5...

Circus Busch. 7 1/2, Sonntag 7 1/2 u. 7 1/2 Uhr. WUNDERWELT...

Berliner Konzerthaus. CLOU. Mauerstraße 82. Ab 1. Mai d. Jn. Wiener Praterleben...

Prachtsäle des Westens. Speyerstr. 8. Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonntag...

Gr. 3 Ball. Sonntags Anfang 3 Uhr, wochentags Anfang 6 Uhr...

Gr. Billard-Wettspiele im Kaffee Zielka (Equitable). Friedrichstr. 59-60...

Peltzer Grill. Hermann Peltzer. WEIN-RESTAURANT. Neue Wilhelmstr. 5...

Mai-Feier Kunstabend. Die Patrioten des Bezirks Steglitz beschließen die...

Artus-Hof. Perleberger Straße 26. Der Mann des Tages. Amerikanischer Sensationsfilm...

ORIENT. das größte und schönste. Konzert-Café-Kabarett in Berlin O. am Strausberger Platz...

Reederei Kaim & Hertzner. Zur Baumblüte nach Werder. Abfahrt 9 Uhr...

Händler! Hanjierer! schäumende Bohrpasta in 1 1/2, 2, 3, 4, 5, 10, 20 Pfd.-Gimern...

Das goldene Buch des Weibes. 10 Kapitel aus dem intimsten Leben der Frau...

